

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Bremereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publicationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Betriebsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis: vierjährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger u. verantwortl. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schillerstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 63

Insertionspreis:
die sechsgepaßte Kolonizeite 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig
Schluß für Anzeigen: Montag früh 8 Uhr.

Vom Arbeiteralter!

Nach den Behauptungen der Scharfmacher aller Parteien und Richtungen soll Preußen-Deutschland das in der Sozialpolitik weit vorgeschrittenste Land auf der Erde sein! Es ist gewiss mehr ein Arbeiter-El Dorado! Wie es darin aber in Wirklichkeit aussieht, zeigen die Untersuchungen der preußischen Gewerbeinspektoren über das Alter der männlichen Arbeitnehmer, welche sie im Jahre 1912 auf breiter Basis anstellten. Trotzdem die Arbeiter der Gewerbeinspektoren noch sehr unzureichend sind, da sie viele wichtige Tatsachen unberücksichtigt lassen, zeigen sie doch mit erstaunlicher Klarheit, in welcher Weise der kapitalistische Betrieb den Proletariern den Lebensraum beschneidet. Insbesondere läßt die Statistik die Lage der Arbeiter in der Großindustrie noch viel zu günstig, weil hier die außerordentlich starke Fluktuation, die meist bis zu 35 Prozent der Gesamtbelegschaft im Jahre beträgt, überhaupt nicht berücksichtigt wurde. Ferner wurden keine Untersuchungen über das Alter der Entlassenen gemacht. Hinzu kommt noch, daß gerade die Grüttenunternehmer besonders stark die Praxis einer durchaus planmäßigen Verjüngung ihrer Arbeitsmacht pflegen. Das alles sind natürlich Momente, die für die Arbeiter noch nach der ungünstigen Seite ins Gewicht fallen.

Aber auch ohne ihre Berücksichtigung stellt sich das Ergebnis noch ziemlich genau. Im allgemeinen sind in den verschiedenen Gewerbezweigen am stärksten vertreten die Altersklassen von 20—40 Jahren! In den meisten Inspektionsbezirken machen jene bis zu 70 und mehr Prozent der Gesamtbelegschaft aus! Ziemlich hoch ist der Anteil älterer Arbeiter in der Textilindustrie. Im Aufsichtsbezirk Aachen waren von den männlichen Textilarbeitern rund 42 Prozent über 40 Jahre alt. Dagegen standen nur 25 Prozent im Alter von 20—34 Jahren; Jugendliche unter 19 Jahren beteiligten sich mit 22½ Prozent! Der Beamte meint, daß diese Erscheinung auf die wenig schwere Arbeit in den Fabriken der Textilindustrie zurückzuführen sei, die auch von älteren Leuten noch sehr gut verrichtet werden könne. Natürlich sind denn auch die Löhne niedrig!

Ziemlich am kürzesten scheint die Lebensdauer der Buchdrucker zu sein. So waren im Bezirk Marienwerder nur 11,6 Prozent aller Buchdrucker über 40 Jahre alt in Hildesheim etwas mehr, 12,3 Prozent! In der Mindener Tabakindustrie gehörten 14,8 Prozent aller Beschäftigten den Altersklassen von über 40 Jahren an, dagegen 37 Prozent der Gesamtbelegschaft denen von unter 20 Jahren!

Unverordentlich stark ist der Prozentsatz Jugendlicher in der Glasindustrie. Im Arnsberger Revier zählten 31,3 Prozent aller in Glashüttenbetrieben tätigen männlichen Arbeiter noch keine 20 Jahre!

In der Großseidenindustrie liegen naturgemäß die Dinge am schlimmsten. Hier werden die allernötigsten Anforderungen an die physische und geistige Leistungsfähigkeit der Arbeiter gestellt. Das, in Verbindung mit der noch durchweg üblichen Zwölfstundenschicht und dem weit verbreiteten Überstundenarbeiten, macht die Arbeiter sehr bald alt und unbrauchbar. Berichtet doch der Düsseldorfer Beamte: „Zweifellos steht ein großer Teil der in den Großseidenwerken vorliegenden Arbeiten an die Körverraft der Arbeiter so hohe Anforderungen, daß nur junge, in der Volltracht der Jahre stehende Leute sie überhaupt und auch diese sie nicht für lange Dauer zu leisten vermögen. Ein erheblicher Prozentsatz der Arbeiter ist daher schon aus diesem Grunde noch verhältnismäßig kurzer Zeit benötigt, zu einer anderen, weniger anstrengenden Tätigkeit überzugehen!“ Nach der Meinung des Beamten sind die von den Großindustriellen aus Pflicht erforderten „durch Fleiß und Varietät zu einem wahren Wohlstand gelangt“, der ihnen ein sorgenfreies Alter ohne Arbeit als Rentier ermöglichen soll. — Ich bin froh!

Mit die Altersverhältnisse in der Großseidenindustrie kommen in der Hauptstadt die Bezirke Düsseldorf, Arnsberg — für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk — und Oppeln — für die Gefilde der

oberflächlichen Hütten von Schlot und Esse — in Betracht. Insgesamt wurden 162 136 männliche Arbeiter von den Erhebungen erfaßt. Auf die einzelnen Altersklassen entfielen davon in Prozent:

	im Bezirk	unter	über	über	über	über
	16	16—20	20—30	30—35	35—40	40+
Düsseldorf	3,81	14,18	38,89	14,42	11,89	18,08
Arnsberg	3,8	15,4	38,2	13,1	11,5	23,—
Oppeln	6,29	19,51	30,62	10,94	10,25	22,39

Es waren also im Bezirk Düsseldorf 81,92 Prozent aller in der Schwereisenindustrie Tätigen 40 Jahre und darüber alt, in Arnsberg 77 Prozent und in Oppeln 77,61 Prozent. Das ist in der Tat ein einfach wunderbares Ergebnis der preußischen Sozialpolitik. Die Hüttenarbeiter mögen sich dafür beim preußischen Landtag bedanken.

In den Betrieben der Mühlenindustrie gestalten sich die Altersverhältnisse der darin beschäftigten männlichen Arbeiter etwas günstiger. Für 4 Inspektionsbezirke wurden eingehenderen Untersuchungen genutzt. Sie erstreckten sich auf insgesamt 2139 Arbeiter in 288 Betrieben. 27 hiervon sind Großunternehmen. An der Statistik sind beteiligt: Marienwerder mit 88 Betrieben und 523 Arbeitern, Bozen mit 123 Betrieben und 666 Arbeitern, Breslau mit 15 Betrieben und 490 Arbeitern sowie Lüneburg mit 12 Betrieben und 460 Arbeitern. In den einzelnen Bezirken entfielen davon auf die Altersklassen in Prozent:

	Altersklassen von	über					
	im Bezirk	16—20	21—30	31—40	41—50	51—60	60+
Marienwerder	13,6	30,6	28,9	17,9	6,7	2,3	
Bozen	10,06	23,42	38,29	18,47	7,50	2,25	
Breslau	3,3	25,5	35,3	22,—	11,2	2,7	
Lüneburg	6,1	26,1	32,2	22,2	9,5	3,9	

Bis zu 40 Jahren alt waren also von der Gesamtbelegschaft in Marienwerder 73,1 Prozent, in Bozen 71,77 Prozent, in Breslau 64,1 Prozent, in Lüneburg 64,4 Prozent! Der größere Prozentsatz älterer Leute in den Großbetrieben des Breslauer und Lüneburger Bezirks führt zum Teil daher, daß viele zu schwerer körperlicher Arbeit unfähige sich als Wärter usw. betätigen. Im allgemeinen sind auch in der Mühlenindustrie die Arbeiter mit 40 Jahren so ziemlich verbraucht. Das gibt auch der Beamte von Lüneburg zu, indem er schreibt: „Die Mühlenbetriebe ziehen wegen der Schwere der Arbeit meist frägige Leute heran“, und ferner, daß die Hauptlebenskraft der Arbeiter im allgemeinen zwischen dem 16. und 45. Lebensjahr siegt.

Über das Alter der in der Brauindustrie beschäftigten männlichen Arbeiter liegen aus 6 Inspektionsbezirken eingehende Angaben vor. Leider lassen sich nur 5 dieser Berichte zusammenfassen. Doch ist auch ohnedem sehr gut zu erkennen, daß den Brauereiarbeitern kein sehr hohes Arbeitsalter beinhaltet ist. So waren im Aufsichtsbezirk Stettin-Schönlinde nur 15,6 Prozent aller in den 14 erfaßten Brauereien Tätigen über 50 Jahre alt! Schönlinde interessant ist, was der Beamte dazu schreibt: „Besonderer Wert wurde auf die Feststellung der Verhältnisse in den Brauereien gelegt, um zu ermitteln, ob die Angaben über kurze Lebensdauer der Brauer, die sich in gewerbeheimischen Werken finden, für den heutigen Bezirk, in dem sich viele große Brauereien befinden, zutreffen. Nach den Ermittlungen sind in diesen Betrieben ältere Arbeiter in normaler Zahl (15,6 Prozent) beschäftigt, doch befinden sich unter ihnen nur wenige Brauer, Bierrabbieter und Bierfährer. Die meisten sind als Färderpflieger, Böttcher, Bodenarbeiter, Hofsäuberer, Schmiede, Heizer, Matrosen und Wäscher beschäftigt.“ Mit anderen Worten heißt das: die Behauptung von der kurzen Lebensdauer der Brauer trifft durchaus zu! Dazu auch die Brauereien im allgemeinen nicht lieben, Arbeiter über 40 Jahre einzustellen, geht daraus hervor, daß von den 14 Großbrauereien im Stettin-Schönlinde-Bezirk nach den Ermittlungen des Gewerbeinspektors nur 6 solche nicht nur ausnahmsweise empfehlen! Die

übrigen stellen Bierzijährige höchst selten oder überhaupt nicht mehr ein!

In der nächsten Übersicht sind die Ergebnisse aus folgenden Inspektionsbezirken zusammengefaßt: Gumbinnen-Mellestein für 36 Brauereien und 672 Arbeiter, Marienwerder für 24 Brauereien und 465 Arbeiter, Berlin für 42 Brauereien und 516 Beschäftigte, Breslau für 21 Betriebe und 1743 Beschäftigte sowie Magdeburg für 53 Betriebe und 1776 Arbeiter. In den einzelnen Bezirken verteilt sich die Arbeiterschaft so, daß auf die verschiedensten Altersgruppen fallen (in Prozent):

	Altersklassen von	bis zu 21	21—30	31—40	41—50	50 u. mehrj.
Gumbinnen		5,6	23,5	32,7	24,1	14,—
Marienwerder		7,1	27,1	33,5	22,4	10,—
Berlin		1,4	19,4	29,—	27,5	12,—
Breslau		6,3	25,9	39,5	21,4	6,8
Magdeburg		7,3	22,6	33,2	21,9	14,8

Auf dem ersten Blick sieht diese Statistik für die Brauereiarbeiter nicht ungünstig aus. Aber sie täuscht. Man darf eben nicht vergessen, daß es sich hier nicht allein um bei der Produktion und beim Vertrieb des Bieres Beschäftigten handelt. Berücksichtigt man das, so werden die Altersverhältnisse der Brauereiarbeiter auch nicht viel besser sein als wie in der Großseidenindustrie. Zugleich geben in obiger Tabelle Otte den Auschlag, in denen die Gewerkschaften schon fristig Fuß gesetzt haben und über gehörigen Einfluß verfügen, um die Arbeiter vor der Schonungslosigkeit und willkürlichen Ausbeutung und Entlassung zu schützen.

Daffen wir nun mehr die Ergebnisse der Altersenquête für die in der Brauerei- und Mühlenindustrie beschäftigten männlichen Arbeiter zusammen, so ergibt sich, daß sie in bezug auf die Altersverhältnisse zwar noch nicht ganz so idyllisch gestellt sind, als wie die Arbeiter in der Montanindustrie, daß sie aber auf dem besten Wege da sind zu befinden. Denn je eher sich die Verhältnisse in den für unsere Kollegen in Betracht kommenden Industrien den trügerischen in den Eisen- und Berggewerben nähern, um so schneller wird auch in ihnen das Durchschnittsalter der Beschäftigten sinken. Da die staatlichen Behörden hier verlangen, vor allem einen Maximalarbeitsstag von höchstens 8 Stunden einzuführen, liegt der einzige Stützpunkt der Arbeiter gegen die lebenverkürzende kapitalistische Ausbeutungspraxis bei den Gewerkschaften. Sie zu stärken im eigenen Interesse, muß daher jedes Einflügigen dringendste Sorge sein!

Die hessische Gewerbeinspektion im Jahre 1912.

Der Großh. Hessischen Gewerbeinspektion unterstanden nach dem soeben erzielten Bericht der Gewerbeinspektor für das abgelaufene Jahr 6892 Betriebe mit insgesamt 129 289 Arbeitern. Im Jahre 1911 waren revisionswidrig 6575 Betriebe mit zusammen 122 795 Beschäftigten. Die Zahl der in allen Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen erhöhte sich von 20 925 im Jahre 1911 auf 22 228 im Berichtsjahr, die der jugendlichen Arbeiter stieg von 2770 auf 2968. Sehr fristig ging die Anzahl der in allen Betrieben beschäftigten „jungen Leute“ im Alter bis zu 16 Jahren herab, nämlich von 11 822 auf 12 881 oder um fast 9 Prozent!

Die Nahrungsmittelindustrie ist an der Gesamtzahl mit 1261 Betrieben und 5375 Arbeitern beteiligt, während die Getreidemühlen mit 221 Betrieben und 618 Beschäftigten daran partizipieren.

Wurden im Jahre 1911 revidiert 4730 Betriebe oder 71,9 Prozent der Gesamtzahl, erfuhr die Revision im letzten Jahre 5276 Anlagen oder rund 76,6 Prozent aller revisionswidrigen Betriebe! Es ist also eine verhältnismäßig starke Verbesserung in der Revision eingetreten. Auch die Prozentzahl der von ihr betroffenen Beschäftigten erhöhte sich etwas: sie stieg von 79,6 Prozent im Jahre 1911 auf 82,1 Prozent im Berichtsjahr. Diese etwas geringe Zunahme ist wohl darauf zurückzuführen, daß hauptsächlich auf die kleineren Betriebe die Zunahme der Revisionen entfällt.

Von den Betrieben in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie wurden im vergangenen Jahre insgesamt 70,4 Prozent inspiziert, von ihrer Arbeiterschaft dagegen nur knapp 61,4 Prozent. Diese Zahlen bewegen sich weit unter dem allgemeinen Durchschnitt. Dieselbe Erscheinung kann man auch bei den übrigen deutschen Gewerbeinspektionen feststellen. Da, wo ihr Wirken tatsächlich etwas segensreich sein könnte, verlängern sie den Beweis für die überaus glänzende, erste Sozialpolitik in der Welt!

Auch die Getreidemühlen kamen bei der Inspektion viel zu kurz, die bei ihnen noch um ein Erflechtes schlechter war als wie in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Von ihren Betrieben wurden nur rund 64 Prozent einer Inspektion unterzogen, von ihrer Gesamtarbeiterenschaft sogar nur 58,7 Prozent. Wie in Preußen, werden auch in Hessen die Getreidemühlen, in denen gerade die wirtschaftlichen und Arbeitsverhältnisse am meisten zu wünschen übrig lassen, als Stiefkinder behandelt. — Über die Brauindustrie fehlen zusammenfassende Übersichten.

Erfreulicherweise scheinen die Verstöße gegen Bestimmungen für den Schutz von Arbeitern in Hessen jetzt zurückzugehen. Im Berichtsjahr wurden solche in 248 Anlagen festgestellt; im Jahre 1911 waren es noch 296 und 1910 sogar 436. Auch die Anzahl der erfolgten Beiträgen hat sich vermindert und zwar auf 22 von 41 im Vorjahr und 46 im Jahre 1910. Drei Strafverfahren befinden sich noch in der Schwebe.

Zum Teil mag der Rückgang der Verstöße gegen die Arbeiterichtheze voraus zurückzuführen sein, daß die Behörden mit der Bewilligung von Überarbeitszeit sehr freigiebig sind. So wurden im Jahre 1912 für 6195 Arbeitnehmer insgesamt 134 532 Überstunden an Wochentagen außer Sonnabend bewilligt, 1911 dagegen nur für 5963 Arbeitnehmer 111 991 Stunden! Die Steigerung der bewilligten Überstunden macht demnach 20,1 Prozent aus! Überstunden an Sonnabenden gestatteten die Behörden für 777 Arbeitnehmer mit insgesamt 57 143 Stunden! Hier beträgt die Steigerung der Überstunden gegenüber dem Vorjahr sogar 28,5 Prozent! Das bei jedem Entgegenkommen der Behörden die Unternehmer nicht notwendig haben, die Schutzbestimmungen unerlaubt zu übertreten und sich damit der Gefahr einer kleinen Bestrafung auszusetzen, leuchtet ein.

Von Jahr zu Jahr wächst auch die Liberalität der Aufsichtsbehörden in der Bewilligung von Sonntagsarbeit. In 1910 wurde erst für 5296 Arbeiter eine Sonntagsarbeit von insgesamt 43 692 Stunden gestattet, in 1911 schon für 8332 Arbeiter 63 655 Stunden und im Berichtsjahr endlich für 8628 Beschäftigte eine solche von 72 364 Stunden. Die Steigerung macht gegen 1910 rund 65,6 Prozent, gegen 1911 ungefähr 14 Prozent aus! Da bracht man sich wirklich kaum noch zu wundern, wenn günstige Statistiken erzielt werden!

Die Anzahl der Anlagen, in welchen Übertretungen der zum Schutz Jugendlicher getroffenen Bestimmungen ermittelt werden konnten, ist von 737 im Jahre 1911 auf 709 gesunken. Die Anzahl der bestrafsten Personen erfuhr eine Verminderung von 61 auf 29.

Neben die Sonntagsarbeit in den Brauereien schreibt der Beamte von Mainz: „Durch das wechselnde Wetter ist der Absatz von Bierheben ein unregelmäßiger, ganz besonders dann, wenn in die Woche noch ein Feiertag fällt. Es kommt dann erüchtend hinzu, daß in einer Woche an zwei Feiertagen von Sonn- und Feiertagen das Abfüllen um 5 Uhr eingestellt werden muß, da diese Arbeit hier fast ausschließlich von Arbeitern vorgenommen wird. Es erhielten deshalb zwei Brauereien an 1 und 2 Sonntagen die Erlaubnis, je 5-6 Stunden Bier abfüllen zu lassen.“ — Insgesamt wurden 117 Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen in Brauereien beschäftigt.

Ein Mühlensbezirks wurde mit 25 M. bestraft, da er seinem Müller fortgezeigt die vorgebrachte Nachfrage nicht genügte!

Interessant ist, wie sich die Inspektoren zu den Arbeitern der gewerkschaftlichen Organisationen äußern. So schreibt der Beamte von Mainz: „Ende 1911 hat sich vor dem Gewerkschaftskartell zu Mainz ein Bildungsausschuß gebildet, dem einige der Belehrung und Unterhaltung dienende Veranstaltungen zu danken sind. So wurde ein Jugendvortrag und eine Fortsetzung über Politik- und Finanzpolitik gehalten. Diese Vorträge waren durchschnittlich von 100 Teilnehmern besucht.“

Der Beamte von Darmstadt berichtet über eine vorzügliche Ausstellung des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Darmstadt. Das Bitten von Arbeiterkommunen wurde rühmend hervorgehoben. —

Über Tarifverträge in Brauereien berichtet der Beamte von Siegen: „Eine Brauerei in Lich, deren Tarifvertrag am 1. März 1912 abgelaufen war, hat einen neuen bis zum 30. April 1916 laufenden Tarifvertrag mit ihren Arbeitern abgeschlossen, der bezüglich der Lohnhöhe nicht unbedeutende Verbesserungen für die Arbeiter gebracht hat und auch die Arbeitszeit durch Gewährung einer halbstündigen Ruhepause, die früher bei gleicher Arbeitsdauer nicht bestand, längt. Die Sonntagsarbeit, die früher nur,

wenn sie länger als 3 Stunden dauerte, mit 50 Pf. pro Stunde extra vergütet wurde, wird nunmehr bis zu 2 Stunden mit 50 Pf. pro Stunde, für jede weitere Stunde mit 60 Pf. pro Stunde bezahlt.“ Die gleiche Brauerei gibt ihren Arbeitern nach 1jähriger Tätigkeit 1, nach 2jähriger Tätigkeit 2, nach 3jähriger Tätigkeit 3 Arbeitstage Urlaub unter Fortzahlung des vollen Lohnes.

Obwohl den Beamten verwehrt ist, eigene Urteile zu fällen, Verschläge zur Abhilfe von Missständen zu machen, hört man aus ihren Berichten sehr wohl heraus, daß sie die Tätigkeit der Gewerkschaften recht gut zu schätzen wissen. An den Kollegen liegt es, durch ehrige Tätigkeit den Verband und damit ihre eigene Stellung gegenüber den Unternehmern zu verbessern. Nun die staatlichen Behörden nicht genügendes zu ihrem Schutze, so müssen sie eben selbst dafür sorgen!

Eine soziologische Begründung der Sozialpolitik.

I.

Im Jahre 1901 stellte ein Zenoer Komitee die Frage: „Was können wir aus der Entwicklungstheorie lernen für die politische und soziale Gestaltung der Völker?“ Für die beste Beantwortung dieser Frage war ein Preis von 30 000 M. ausgesetzt. Die zuerst eingereichten Arbeiten waren unbefriedigend. Erst 1909 wurde der Preis verteilt, und zwar für eine rassentheoretische Abhandlung und verschiedene Spezialarbeiten, die im Verlag von G. Fischer, Jena, erschienen sind. Der Preis war einmal ausgeschrieben und er wurde auch verteilt, und zwar faute de mieux (weil nichts Besseres vorhanden war), an die Verfasser der genannten Werke. Den vollen Preis hätte allein Rudolf Goldscheid verdient mit seiner Arbeit: „Entwickelungstheorie, Entwicklungsoökonomie, Menschenökonomie“ (1908 erschienen). Auf diese Arbeit ließ Goldscheid im Jahre 1911 eine andere folgen („Höherentwicklung und Menschenökonomie, Grundlegung der Soziologie“, Verlag W. Klünhardt, Leipzig), die so viel neue Gesichtspunkte enthält, daß es sich verlohnzt, etwas näher darauf einzugehen.

Bekanntlich hatte der Engländer Malthus ein Bevölkerungsgebot aufgestellt, nach dem die Bevölkerung die Tendenz habe, sich über ihre Unterhaltsmittel hinaus zu vermehren. Seine Behauptungen stützte er auf Beobachtungen, die er an den nordamerikanischen Kolonien machte. Dort war noch unbebauter Boden vorhanden und die Bevölkerung konnte sich ungehemmt vermehren. Er rechnete aus, daß sich die Bevölkerung etwa 150 Jahre lang alle 25 Jahre verdoppelt habe. Daraus folgerte er, daß sich die Bevölkerung in dem Verhältnis von 1 zu 2, 4, 8, 16, 32, 64, 128, 256 usw. vermehre, also in geometrischer Progression wachse. Diesem Wachstum aber entspreche die Vermehrung der zum Leben notwendigen Bodenerzeugnisse keineswegs. Durch Verbesserung des Ackerbodens und der Kultivierung des noch freien und unbebauten Landes könne höchstens eine Vermehrung der Bodenerzeugnisse in dem Verhältnis wie 1 zu 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 usw. erzielt werden (Vermehrung in arithmetischer Progression).

Notwendigerweise muß aus diesem Verhältnis eine Überbevölkerung eintreten. Mit anderen Worten: Die Unterhaltsmittel reichen nicht für die vorhandene Bevölkerung aus, wenn keine Maßnahmen gegen die Vermehrung der Bevölkerung getroffen werden. Soweit die Natur nicht selber für eine Verminderung der Bevölkerung sorge (Kriege, Seuchen usw.), müßten vorbeugende Vorkehrungen, wie Enthaltung von der Ehe, Erhaltung in der Kinderzeugung, getroffen werden (man verweile die Forderungen von Malthus nicht mit denen, die auf Verhütung der Schwangerung hinauszuladen). Er verlangt, daß die Heiraten in späterem Lebensalter erfolgen sollten. Ueberhaupt war er der Meinung, man könne den vermeintlichen Mangel mit Moralinförce aus der Welt schaffen.

Leben Stautsch und anderen sozialistischen Schriftstellern haben sich eine Reihe bürgerlicher Kritiker mit der widerlegung der Malthusischen Lehren beschäftigt (sich Fr. List, dann Dühring, Spencer und neuerdings Franz Oppenheimer). Während diese Kritiker mehr mit den Waffen der Nationalökonomie fechten (das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages und anderes widerlegen), kommt Goldscheid mit den Waffen der Soziologie. Er findet schwerje Worte zur Bekämpfung des Malthusianismus. „Sucht man deshalb heute auf Malthusischer Grundlage die Menschen mit dem Überbevölkerungsgespenst bangen zu machen, so treibt man statt Demographie (Volks-, Staatskunde) und Demologie (Bevölkerungslehre) die erbärmlichste Demagogie, und von wahrhaft wissenschaftlicher Haltung kann angefangen der realen Naturforschung bei diesem Bestreben nicht geprahnt werden. Es ist ja auch nichts lächerlicher und wideriger in unserer an Lächerlichkeit und Widrigkeiten nur allzu reichen Zeit als der Malthusianische Gertanz, der in der Nationalökonomie der Gegenwart zum Gaudium der privilegierten Klassen noch immer aufgeführt wird.“ In allen Ländern, wo die Zuwachsrate der Bevölkerung eine hohe sei, weiß man stets von neuem darauf hin, daß sämtliches Elend eine

Folge des unerlässlichen Naturgesetzes der Dissonanz zwischen Menschenvermehrung und Nahrungsmitte sei, und bezüglich aller jener Länder, wo die Bevölkerung nur in äußerst langsamem Tempo oder überhaupt nicht zunehme, da spreche man wieder von den furchtbaren Gefahren der Degeneration, die das Fazit der abnehmenden Geburtenziffer offenbar zum Ausdruck bringe. Wie wenig man aber an das von Malthuscher Rücksichtigkeit entdeckte Bevölkerungsgebot praktisch glaube, beweise nichts deutlicher als die Tatsache, daß man selbst dort, wo man die rasche Bevölkerungsmehrung für die Ursache alles Elends hinstelle, doch über nichts ängstlicher wache, als daß diese Vermehrung ein langsameres Tempo einschlage.

Aus der Lehre von Malthus folgt, daß der Kampf ums Dasein seinen Ursprung in der Überbevölkerung hat. Darwin, der sich auf Malthus stützte, lehrte, daß jede Art die Tendenz habe, sich über den ganzen Erdball zu verbreiten und daß darum ein Kampf der Organismen um den begrenzten Nahrungsraum notwendig eintreten müsse. Recht interessant und lehrreich wendet sich unser Verfasser gegen diese Argumentationen, etwa in der Weise: Die verschiedenen Arten erfordern verschiedene Existenzbedingungen, diese sind auf einem Gebiet vorhanden, auf einem anderen nicht. Schon deshalb ist es mehr als bedenklich, zu erklären, jede Art würde sich, wenn der Konkurrenzkampf der Individuen nicht hindernd eingriffe, über den ganzen Erdball ausbreiten. Es kann gar keine Naturbedingungen geben, die es einer Art gestatten würden, alle anderen zu verdrängen. Nur bei höchster Mannigfaltigkeit der Lebewesen vermag die Erde das Minimum von Organismen hervorzubringen. Jede Art steht jeweils ganz bestimmten Ausbreitungsvoraussetzungen gegenüber. Je mehr sich diese erweitern, desto größer sei auch die Tendenz zur Differenzierung nach den verschiedensten Richtungen, wie alle Mannigfaltigkeit der Charaktere ja auch aus der Vermehrung der Individuen über ein immer größeres, immer verschieden gestaltetes Territorium erwachse, aus der Besonderheit der Individualisierung, die durch das Milieu bedingt sei.

Die Malthusischen Anschauungen mögen zu seiner Zeit noch einigermaßen plausibel erschienen sein. Inzwischen hat sich aber in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Beziehung vieles geändert. Ich erinnere nur an das Land des Zweifindersystems (Frankreich und an die Lehren Liebigs (Düngung und bessere Bodenbearbeitung). Wir wissen heute, daß die Produktionsleistung nachläßt, „ja beinahe zur Erschöpfung hinneigt, selbst wenn die Nahrungsmittel in genügender Fülle vorhanden sind“. Die neuere Biologie (Lehre vom Leben) weise darauf hin, daß zu reichliche Nahrung und die dadurch eintretende Neigung zur Fettbildung die Fruchtbarkeit ganz wesentlich beeinträchtige, so daß also leicht der Fall eintreten könne, daß gerade bei zu reichlichem Vorhandensein der Nahrungsmittel statt Überbevölkerung Unterbevölkerung eintrete. Die moderne Biologie, besonders die Mikrobiologie (Lehre von den Bedingungen der kleinsten Lebewesen) und die Biochemie (Lehre vom Stoffwechsel im lebenden Körper) hat hier noch volle Klarheit zu schaffen. Zu einem Tag von fundamentaler Bedeutung kommt der Verfasser, nachdem er darauf aufmerksam gemacht hatte, daß Malthus nur im ersten Kapitel seines Werkes Beweise für seine Behauptungen zu geben gesucht habe, im übrigen nur Daten, aber keine Beweismittel beigebracht habe, nämlich zu dem: Sicher ist jedenfalls, daß wir einstweilen Entvölkerungstendenzen weniger gewappnet gegenüberstehen, als der so sehr gefürchteten Überbevölkerungsgefahr. Nach übereinstimmenden Aussagen älterer Autoritäten sind wir in der Lage, die Nahrungsmittelproduktion weitauß über die bestehende Bevölkerungszahl der Erde hinaus zu steigern. Diese Steigerung verdanken wir vor allem unserer besseren Einsicht in das Wesen und die funktionelle Abhängigkeit der Naturkräfte.

Denen, die immer von Überfluss an Menschen reden, schreibt der Verfasser der Menschenökonomie recht beherzigenswerte Worte ins Stammbuch: Solange nun aber nicht unveränderliche organische Tatsachen, sondern veränderliche technische die Ursache der Differenz zwischen Bevölkerungsvermehrung und Nahrungsmittelzuwachs sind, solange ist es direkt unnötig, die sozialen Nebel durch Überfluss an Menschen erläutern zu wollen. Überfluss an Menschen sei gleich Überfluss an Arbeitskräften. Da jeder Mensch auch Konsumt, nicht nur Produzent sei, so behauptet man, daß der Mensch gleichsam eine unrentable Maschine sei, die mehr konsumiert, als sie zu produzieren vermag. Dieser Nachweis fehlt aber: daß der Verbrauch den Ertrag überschreitet. Nur wenn dies zutreffen würde, dann hätte es einen Sinn, die sozialen Nebel als eine Folge des Überflusses hinzustellen.

Wie es sehr häufig bei anderen Dingen geschieht: so wird bei der Frage der Überbevölkerung generalisiert. Lokale und temporäre Überbevölkerungen, Bevölkerungsstaunungen können überall und aus vielen Ursachen in die Erscheinung treten. Als allgemein gültiges, überall wirkames Prinzip muß sie abgelehnt werden. Da unserer Zeit, wo es Nährstoffen in Hülle und Fülle gibt, ist es ganz und gar verfehlt, auf

die Begrenztheit der Nährstellen hinzuweisen. Das Problem ist nicht in der Überbevölkerung, sondern in der Regelung der Arbeitsorganisation zu sehen. Durch nationale oder internationale Organisation kann dafür gesorgt werden, daß die unproduktiven Lebensjahre der einzelnen Personen durch die soziale Produktionsleistung gedeckt werden können.

Heute ist das Verhältnis sicher so, daß die Arbeitsökonomie entscheidet, ob die Menschenvermehrung rascher vor sich geht, als ihre Unterhaltsmittel vermehrbar sind. „Da wir können weitergehen und sagen, es ist zwar keineswegs ein Naturgesetz, daß die Zunahme der Subsistenzmittel hinter der Bevölkerungsvermehrung notwendig zurückbleiben muß, es ist aber die Grundtendenz der heutigen, bloß rentablistisch orientierten und betriebenen Wirtschaft; gleichzeitig die Vermehrung der Menschen einzustacheln, sogar mit den allerniedrigsten Mitteln, und der Subsistenzmittel zu unterbinden.“ Wie man die Sache auch drehen und wenden mag, in der Gegenwart vermehren sich die Nahrungsmittel mehr als die Bevölkerung.

Ebenso wird das wahre Wesen der Überproduktion verkannt. Überproduktion ist nicht etwa ein Zeichen von besonderer Stärke, sondern sehr häufig von Schwäche und Unzulänglichkeit. „Auf einer jetzigeren Stufe ein Produktionsprozeß steht, desto mehr ist er auf Überproduktion angewiesen.“ Je jünger die einzelnen Erzeugnisse und je genauer das Verhältnis von Produktion und Konsumtion geregt ist, in desto höherem Maße wird die Überproduktion, als Voraussetzung der Leistungsfähigkeit und Funktionsicherheit, entbehrlieblich. Allerdings, eine gewisse Überproduktion wird stets erforderlich sein, schon um erwarteter Zwischenfälle wegen; auch das Optimum der Funktion erfordert eine Überproduktion in bestimmtem Umfang. Aber alles dies darf uns nicht darüber hinweg täuschen, daß überall im planbewußten Schaffen, erst durch Verringerung der Überproduktion, durch ökonomischere Ausgleichung als jene es ist, die durchwegs beim blinden Naturwirken vor sich geht, die größten Errungenheiten erzielt werden sind.

Die neue Heeresvorlage und ihre Bedeutung.

II.

Die Welt würde aufatmen, wenn dem verhängnisvollen Beträufsten ein Ende bereitet würde. Die Neubungen unter den Staaten würden gemildert, die ewigen Kriegsgefahren verschoben und Milliarden von Steuergroschen, die heute für kultividrige, unproduktive Zwecke verwendet werden, könnten für soziale und kulturelle Zwecke nutzbar gemacht werden. Im ganzen Deutschen Reich — und in den meisten anderen Staaten Europas ebenso — herrschen noch tieftaurige Zustände im Volkschulwesen, deren Be seitigung Geld kostet.

Die unheilvollen Wohnungsverhältnisse in Stadt und Land sind in den letzten Jahren in wachsendem Maße Gegenstand der Debatten in den Parlamenten gewesen, zu durchgreifenden Daten ist man nirgends gekommen, weil die finanziellen Mittel dafür nicht zur Verfügung standen. Die Arbeiterversicherung leidet unter den schwersten Mängeln, die Opfer des Schlachtfeldes der Arbeit und ihre Familien sind immer noch großen Entbehrungen ausgesetzt, jeder Versuch einer Besserung aber stößt auf den Hinweis, daß kein Geld dafür da sei. Der Säuglingsstift, der Kampf gegen die Tuberkulose wird auf Schritt und Tritt gehemmt, weil die Kosten für radikale, erfolgversprechende Maßnahmen unerschwinglich scheinen. An die Lösung aller dieser und vieler anderer großer Aufgaben könnte herangetreten werden, wenn nur ein Teil der Summen hierfür Verwendung fände, die heute für Beschaffung und Verbesserung von Tötungs- und Verförderungsmitteln ausgegeben werden.

Wären die Regierungen sich dieser großen politischen Pflichten bewußt, so hätte nichts unversucht gelassen werden dürfen, um eine Verständigung unter den Großstaaten herbeizuführen. Ein solcher Versuch ist aber nicht gemacht worden. Vielmehr ist die deutsche Regierung sehr rasch dem Rüstungsanarchismus unterlegen. Sie trat mit ihrer Heeresvorlage an die Öffentlichkeit und wirkte damit natürlich nicht beruhigend, sondern aufregend. Viel mehr als durch den Balkanrieg ist durch den deutschen Rüstungstaumel die Ruhe der Großstaaten gestört worden. Frankreich folgte, als die deutschen Rüstungspläne bekannt wurden, sofort nach mit dem Gegegentwurf auf Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, die erst vor acht Jahren durch die zweijährige erlegt worden ist. Da die französische Bevölkerung die nötige Zahl wehrfähiger junger Männer nicht zu erzeugen vermögt, sucht die Regierung die Stärkung ihrer Waffenmacht durch verlängerte Einfassierung der Ausgeborenen zu erreichen. Russland, das schon bisher ein Heer in fast der doppelten Stärke wie das deutsche hatte, wird mit weiteren Vermehrungen nicht lange auf sich warten lassen. Sein großes Menschentieroir wird bald nicht erschöpft sein und die Gelder für die Heeresstärkung preist es mit brutalen Mitteln aus den gefleckten Volke heraus. Trotz des guten deutsch-englischen Verhältnisses sind auch neue Waffensetzungen in Deutschland und England in nahe Aussicht zu nehmen.

Der vernünftige Mensch, der sich noch ein gesundes, vom Nationalismus unbeeinflußtes Urteil über die Dinge, die um ihn herum vor sich gehen, bewahrt hat, faßt sich an den Kopf und sagt sich: In welcher Welt leben wir eigentlich? Wohin soll das führen? Wie könnte Menschengruppe und Menschengruppe gepflegt und gehoben werden, wenn die märchenhaften Errungenheiten des Entdecker- und Erforschergeistes nur der Förderung des Allgemeinwohls zugute kämen. Heute aber bedeutet zunächst der kapitalistische Unternehmer alle technischen Fortschritte zu seinem Privatvorteil aus, und unter den Faktoren des öffentlichen Lebens, die die Verbesserungen der Technik und Wissenschaft für sich ausnutzen, steht in vor der Reihe der auf die Zerstörung abzielende Militarismus. Geht das noch einige Jahrzehnte so weiter, so erstickt die „Kultur“ menschheit in Waffen. Bricht aber eines Tages ein Krieg aus, so sind die Folgen nicht auszudenken. Behn bis zwölf Millionen mit den modernsten Kriegswaffen ausgerüstete Männer könnten gegeneinander ins Feld geführt werden. Hunderttausende würden ihr Leben und ihre Gesundheit einbüßen. Der Vater, der Bruder, der Sohn und damit der Ernährer würde zahllosen Familien entrissen werden, und selbst für ein siegendes Volk wäre namenloses soziales Elend damit verbunden. Industrie, Handel und Verkehr würden auf lange Zeit lahmgelegt. Absatzmärkte würden auf kürzere oder längere Zeit gesperrt, und lange Jahre der Anspannung aller Kräfte würde es bedürfen, um die Wunden aller Art zu heilen, die allen beteiligten Staaten, am schlimmsten natürlich den unterliegenden, geschlagen würden. Sollen und dürfen denkende Völker sich derartigen Gefahren entgegenfüllen lassen? Tun sie das, obwohl sie wissen, daß nicht das Allgemeininteresse, sondern nur der Profit kleiner Schichten von dieser unheilschwangeren Entwicklung Vorteil hat? Sie dürfen es nicht. Sie sind es sich selbst ihrer Würde, ihrer Zukunft, dem Wohl der kommenden Geschlechter schuldig, die Verminderung der Wafferrüstung, die Sicherung des Friedens, die Erfüllung der Kulturaufgaben zu fordern.

Die letzten Wochen haben mit erschreckender Deutlichkeit den Beweis dafür geliefert, daß die Gewinnsucht der großen Lieferanten der Heeresverwaltung die Haupttriebfeder des Beträufstens bildet. Die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik sucht durch bezahlte Agenten falsche Nachrichten in die französische Presse zu bringen, wodurch die deutsche Regierung zu vermehrten Rüstungsauswendungen gedrängt werden soll, die der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik neue Riesenausträge einbringen. Beamte der Firma Krupp bestechen mit Kruppischem Gelde Beamte der Heeresverwaltung, um Geheimnisse über Lieferungsanträge in die Hände zu bekommen. Nicht nur daß das Volksvermögen in Kruppelloster Weise zur Bereicherung einer handvoll Industrieföderate verschwendet wird, auch der Frieden, alle Menschheitskultur wird aufs gefährlichste bedroht durch die Sucht der Lieferanten nach immer neuen gewinnbringenden Bestellungen. Dieselben Waffenlieferanten, die die Franzosen und Russen, die Türken und Chinesen bis an die Zahne ausrüsten, lassen durch eine gefügige Presse „im Namen des Vaterlandes“ immer wieder neue Rüstungsforderungen geltend machen zur Wahrung der Ehre Deutschilands.

Dieser Zustand wäre zum Verzweifeln, wenn nicht die Volksmassen ständig zunehmen würden, die tiefer in dieses Treiben hineinblühen und mit Absehen dagegen erfüllt werden. Den Kern dieser Massen bildet die moderne Arbeiterbewegung. Unter den politischen Parteien steht allerdings die sozialdemokratische Arbeiterpartei allein als enttäuschte Gegnerin diesem Rüstungssabotage gegenüber. Doch regt sich auch außerhalb ihrer Reihen die gesunde Vernunft. In der Schweiz sind eine Anzahl Vertreter aller Parteien zu einem Komitee zusammengetreten und haben auf Mitte Mai eine internationale Konferenz von Parlamentariern nach Bern einberufen, die Mittel und Wege suchen soll zu einer Verständigung der Nationen und zur Ablenkung von Wege des ewigen Beträufstens. Die Arbeiterchaft der verschiedenen Länder wird auf dieser Konferenz stark vertreten sein, zu wünschen wäre, daß auch bürgerliche Politiker, die an den Pulver-, Gewehr- und Kanonenindividuen nicht interessiert sind, in stattlicher Zahl sich einzufinden möchten. Man darf allerdings auf diese Tagung keine übertriebenen Hoffnungen setzen. Siegt sie nur die Richtung an, in der fünfzig weiter gearbeitet werden kann, so leistet sie schon ein gut Stück Arbeit.

Ein Zweites, was zu geschehen hat, ist: alle Kräfte anspannen, damit die Kosten aller weiteren Rüstungssteigerungen den besitzenden Kreisen aufgebürdet werden. Zu diesem Zweck wird die Arbeitervertretung im Reichstag all ihr Gewicht in die Wege zu treten haben. Wie die Dinge zurzeit liegen, ist auf die Ablehnung der Heeresvorlage trotz des zähen Widerstandes der Arbeiterchaft noch nicht zu rechnen. Dann muß zumindest verhindert werden, daß wiederum der Arbeiterkampf die Milliardenlasten auferlegt werden. Ganz so ungeniert wie in früheren Jahren hat die Regierung diesmal nicht mit Klassekonkurrenz aufzumachen sich getraut. Die neuen einmaligen Ausgaben sollen durch den sogenannten Wehrbeitrag erhoben werden. Die Vermögen von 10 000 M. an aufwärts sollen mit $\frac{1}{2}$ Prozent, Einkommen mit mehr

als 50 000 M. pro Jahr mit 2 Prozent ohne Rücksicht auf das Vermögen betroffen werden. Es wird notwendig sein, diese Abgabe nach oben hinauf noch zu verschärfen, damit für die Zukunft den einflussreichen Kreisen des großen Besitzes die Lust vergeht, immer aufs neue auf die Rüstungssteigerung hinzuarbeiten. Die fortdauernden Ausgaben sollen durch erhöhte Reichsbeiträge der Einzelstaaten, die durch Vermögens-, Einkommens- oder Erbschaftssteuern aufzu bringen sind, ferner durch Beibehaltung der Gütersteuer (die noch früheren Reichstagsbeschlüssen aufgehoben werden sollte), durch Beibehaltung des Grundstücksumsatzsteuelpaus und durch Einführung des Erbrechts des Staates für Hinterlassenschaften, bei denen keine oder nur entfernt verwandte Erben in Betracht kommen, gedeckt werden. Auch bezüglich dieser dauernden Ausgaben erwächst der Arbeitervertretung die Pflicht, mit Energie und Geschick für eine wirksame Reichsbeitragssteuer zu kämpfen. Die Anhänger jener törichten Auffassung, daß die dem Militarismus feindliche Vertretung der Arbeiter jede Steuer, also auch eine Besitzsteuer, die zur Deckung der vermehrten Rüstungskosten dient, ablehnen habe, sind erschrecklicherweise ganz selten geworden. Beißtigt die Mehrheit des Reichstages gegen den Friedenswillen der Arbeiterklasse die Heeresvermehrung, so erwartet die Arbeiterchaft von den Arbeitervertretern, daß sie für die größtmögliche steuerliche Schonung der minderbemittelten Volksmassen sorgen. Die gegenteilige Ansicht, daß man in diesem Falle der rüstungslustigen Mehrheit allein die Beschränkung über die Kostendeckung zu überlassen habe, ist niemand willkommener als denen, die den Besitz schonen wollen. Das wäre ungefähr so, als wenn die Vertreter der Arbeiter, wenn ihre Forderung des Nichtstundentags abgelehnt wird, an jeder weiteren Debatte über die Arbeitszeit und den Arbeiterschutz im allgemeinen die Beteiligung ablehnen wollten. In der Konsequenz würde das auf den Verzicht auf alle parlamentarische Kleinarbeit und schließlich sogar auf die Nichtbeteiligung am Parlament hinauslaufen.

Das Interesse der Arbeiterklasse erfordert es, jede, auch die kleinste Konzession, die dem Gegner abgerungen werden kann, in Sicherheit zu bringen. Je mehr sich die Linken als Vertreter des Großgrundbesitzes und die Industrieföderate gegen eine gerechte Besitzsteuer sträuben, um so nachdrücklicher hat die Arbeiterklasse für deren Verwirklichung zu kämpfen. Gewiß, die Belastung des Besitzes mit einer einmaligen Abgabe von einer Milliarde und mit einer dauernden Steuer von 200 Millionen würde indirekt auch die Arbeiterklasse zu spüren bekommen. Diese Lasten schneiden, auch wenn sie vom Besitz getragen werden müssen, tief in die wirtschaftlichen Verhältnisse ein und die Kapitalisten werden sich nach Möglichkeit an den Arbeitern wieder schadlos zu halten suchen. Es ist aber fein Zweifel, daß die Arbeiterklasse noch viel empfindlicher getroffen würde, wenn nach dem Tun der Parteien der Rechten wiederum der Verbrauch der Besitzlosen mit Steuern ähnlicher Art belastet würde, wie sie durch die Finanzreform des Schnorrblocks eingeführt wurden.

Die Stellung und Aufgabe der Arbeiterchaft in diesen Kämpfen ergibt sich also mit aller Klarheit: Bekämpfung der Rüstungsherrschaft, Pflege der friedlichen Beziehungen, die von der französischen, englischen, russischen Arbeiterchaft nicht minder nachdrücklich gewünscht werden, wie von der deutschen: Freimachung der Unionen, die der Unkultur dienen, für Zwecke der Volkswohlfahrt: Abmalzung der unantwendbaren Mehrlasten auf die Schultern des Bürgers, damit dieser fürchtet werde von seinem Heißhunger nach neuen Rüstungen zu Wasser und zu Lande. In diesem Sinne hat sich die Parlamentsvertretung der deutschen Arbeiterchaft bisher betätigt, sie wird auch fünftig ihre Schuldigkeit tun.

Bericht der Generalkommission für das Jahr 1912.

I.

Allgemeines.

Die ständig wachsende Macht der Gewerkschaften veranlaßt die Scharfmacher im Unternehmerkreis, immer wilder nach Ausnahmegeleisen gegen die Gewerkschaften zu rufen. Der Glaube an die eigene Kraft scheint im organisierten Unternehmerium nicht und mehr zu schwanden. Man hatte gehofft, durch umfassende Anwendung der Ausperrungstatik jeden Lohnkampf zu einem für die Unternehmer günstigen Ergebnis führen und den Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen brechen zu können. Daß dieses Ziel nie erreicht werden wird, lehrt der Ausgang aller größeren Lohnkämpfe der letzten Jahre. Am Berichtsjahr gelangten die bereits im Jahre 1911 begonnenen Kämpfe im Stein druckgewerbe und in der Tabakindustrie zum Abschluß. Trotz der verhängten Aussperrungen nutzten die Unternehmer sich zu einem für die Arbeiter durchaus ehrenvollen Friedensschluß zu bequemen und die verbotenen Gewerkschaften anerkennt. Zu größeren Auswirkungen kam es in der Porzellan- und Metallindustrie. Die Kämpfe in der Porzellan- und Metallindustrie wurden durch direkte Verständigung zwischen Unternehmer und Arbeiterorganisationen beendet; der Kampf im

Von den Betrieben in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie wurden im vergangenen Jahre insgesamt 70,4 Prozent inspiziert, von ihrer Arbeitsschicht dagegen nur knapp 51,4 Prozent. Diese Zahlen bewegen sich weit unter dem allgemeinen Durchschnitt. Dieselbe Erstcheinung kann man auch bei den übrigen durchsäten Gewerken feststellen. Da, wo die Wirkungen tatsächlich etwas gegenseitig kein Einfluss, verjagen sie ein Beweis für die herausglänzende, erste Sozialpolitik in der Welt!

Auch die Betriebszählungen kann bei der Inspektion viel zu kurz, die bei ihnen noch um ein Erfolgsliches schlechter war als wie in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Von ihren Betrieben wurden nur rund 64 Prozent einer Inspektion unterzogen, von ihrer Gesamtarbeiterchaft sogar nur 56,7 Prozent. Wie in Preußen, werden auch in Hessen die Gewerke in üblichen, in denen gerade die wirtschaftlichen und Arbeitsverhältnisse am meisten zu untersuchen übrig lassen, als Steuerdienster behandelt. — Neben die Praktikumduftie fehlen zusammenfassende Überprüfung.

Erfreulicherweise scheinen die Verbände gegen Bestimmungen für den Schutz von Arbeitern in Hessen stetig zurückzugehen. Im Berichtsjahr wurden solche in 248 Anlagen festgestellt; im Jahre 1911 waren es noch 296 und 1910 sogar 436. Auch die Anzahl der erlassenen Bestrafungen hat sich vermindernd und zwar um 2 von 41 im Vorjahr und 46 im Jahre 1910. Drei Strafbefehle befinden sich noch in der Schwebe.

Zum Teil mag der Rückgang der Verbände gegen die Arbeiterschutzgefege darauf zurückzuführen sein, daß die Behörden mit der Genehmigung von Arbeitsschichten nicht mehr freigebig sind. So wurden im Jahre 1912 für 6195 Arbeiterinnen insgesamt 134 522 Überstunden an Sonntagnachmittag genehmigt, 1911 dagegen nur für 5965 Arbeiterinnen 111 991 Stunden! Die Steigerung der bewilligten Überstunden macht demnach 20,1 Prozent aus! Überstunden an Sonntagnachmittag genehmigten die Behörden für Arbeiterinnen mit insgesamt 57 143 Stunden! Hier beträgt die Steigerung der Überstunden gegenüber dem Vorjahr sogar 26,5 Prozent! Das bei jedem Entgegenkommen der Behörden die Unternehmer nicht notwendig haben, die Schutzbestimmungen unerlaubt zu überstreiten und fah damit der Gefahr einer kleinen Verprüfung auszuzeigen, leuchtet ein.

Von Jahr zu Jahr wächst nach die Liberalität der Aufsichtsbehörden in der Genehmigung von Sonntagsarbeit. In 1910 wurde erst für 296 Arbeiter eine Sonntagsarbeit von insgesamt 43 692 Stunden gestattet, in 1911 schon für 8332 Arbeiter 63 655 Stunden und im Berichtsjahr endlich für 8628 Bedürftige eine solche von 72 564 Stunden. Die Steigerung macht gegen 1910 rund 65,6 Prozent, gegen 1911 ungefähr 14 Prozent aus! Da braucht man sich vielleicht kaum noch zu wundern, wenn günstige Zustände erzielt werden!

Die Anzahl der Anlagen, in welchen Überstunden der zum Schutze Jugendlicher getroffenen Bestimmungen ermittelt werden konnten, ist von 737 im Jahre 1911 auf 709 gesunken. Die Anzahl der betrachteten Perioden erhält eine Veränderung von 61 auf 59.

Neben die Sonntagsarbeit in den Brauereien steht der Brauerei von Mainz. Durch das weichende Kettner in der Abfatz von Klosterbier ein ungewöhnlicher, ganz besonders dann, wenn in die Bude noch ein Feierabend fällt. Es kommt dann erstaunend hinzu, daß in einer Bude an zwei Sonntagen von Zorn und Zertrümmern das Abfüllen in 5 Uhr eingesetzt werden muß, da die Arbeit hier fast ausschließlich von Arbeiterinnen vorgenommen wird. Es erhielten deshalb zwei Brauereien in 1 und 2 Sonntagen die Erlaubnis, je 5-6 Stunden hier abfüllen zu lassen." — Am ganzen wurden 177 Arbeiterinnen an Zorn- und Zertrümmern in Brauereien beschäftigt.

Ein Maßnahmeverbot wurde mit 25 M. bestrafft, da es seinem Müller vorgeworfen die vorgeübte Rücksicht nicht gewahrt.

Untersucht ist, wie sich die Inspektoren zu den Arbeitern der gewerkschaftlichen Organisationen äußern. So schreibt der Beamte von Mainz: Ende 1911 hat ich vor dem Gewerkschaftskontrollenrat zu Mainz ein Bildungsseminar gebildet, dem einige der Belehrung und Unterhaltung dienende Beratungen zu denken sind. So wurde ein Jugendvortrag und eine Vortragsreihe über Wirtschafts- und Finanzpolitik gehalten. Diese Vorträge waren durchschnittlich von 100 Teilnehmern besucht."

Der Beamte von Darmstadt berichtet über eine außerordentliche Ausstellung des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Darmstadt. Das Wirken von Arbeiterkontaktkomiteen wurde rühmend hervorgehoben. —

Der Beamte von Gießen: Eine Brauerei in Lütz, deren Zertifikat am 1. März 1912 abgelaufen war, hat einen neuen bis zum 30. April 1916 laufenden Zertifikat mit ihren Arbeitern abgeschlossen, der bezüglich der Lohnhöhe nicht unbedeutende Verbesserungen für die Arbeiter gebracht hat und auch die Arbeitszeit durch Abschaltung einer halbtägigen Beiseitzeit, die früher bei gleicher Arbeitsdauer nicht bestanden, längere. Die Sonntagsarbeit, die früher nur,

wenn sie länger als 3 Stunden dauerte, mit 50 Pf. pro Stunde extra vergütet wurde, wird nunmehr bis zu 2 Stunden mit 50 Pf. pro Stunde, für jede weitere Stunde mit 60 Pf. pro Stunde bezahlt." Die gleiche Brauerei gibt ihren Arbeitern nach längriger Tätigkeit 1, nach vierjähriger Tätigkeit 2, nach fünffjähriger Tätigkeit 3 Arbeitstage Urlaub unter Fortzahlung des vollen Lohnes.

Obwohl den Beamten vertrieben ist, eigene Drittel zu füllen, Vorjährige zur Abgabe von Weißbären zu machen, hört man aus ihren Berichten sehr wohl heraus, daß sie die Tätigkeit der Gewerkschaften recht gut zu schätzen wissen. An den Kollegen liegt es, durch eigene Tätigkeit den Verband und damit ihre eigene Stellung gegenüber den Unternehmern zu verbessern. Um die staatlichen Behörden nicht genügend zu ihrem Schutz, so müssen sie eben selbst dafür sorgen.

Eine soziologische Begründung der Sozialpolitik.

I.

Im Jahre 1901 stellte ein junger Komitee die Frage: Was können wir aus der Entwicklungslärche lernen für die politische und soziale Gestaltung der Zukunft? Für die freie Beantwortung dieser Frage war ein Preis von 30 000 M. ausgeschrieben. Die zuerst eingereichten Arbeiten waren unbefriedigend. Erst 1909 wurde der Preis verliehen, und zwar für eine sozialtheoretische Abhandlung und verschiedene Spezialarbeiten, die im Verlag von C. Diederich, Zena, erschienen sind. Der Preis war einmal ausgeschrieben und er wurde auch verteilt, und zwar faute de mieux (weil nichts Besseres vorhanden war), an die Verfasser der genannten Werke. Den vollen Preis hätte allein Rudolf Goldscheid verdient mit seiner Arbeit: „Entwickelungstheorie, Entwicklungswirtschaft, Menschenökonomie“ (1908 erschienen). Auf diese Arbeitlich Goldscheid im Jahre 1911 eine andere folgen „Höherentwicklung und Menschenökonomie, Grundlegung der Soziologie“, Verlag W. Klinkhardt, Leipzig, die so viel neue Gesichtszüge enthält, daß es sich verbietet, etwas näher darauf einzugehen.

Bekanntlich hatte der Engländer Mathus ein Bevölkerungsgesetz aufgestellt, nach dem die Bevölkerung die Länderei habe, sich über ihre Unterhaltsmittel hinaus zu vermehren. Seine Behauptungen fuhrte er auf Beobachtungen, die er an den nordamerikanischen Kolonien machte. Dort war noch unbesiedelter Boden vorhanden und die Bevölkerung konnte sich ungehemmt vermehren. Seine Behauptungen fuhrte er auf Beobachtungen, die er an den nordamerikanischen Kolonien machte. Dort war noch unbesiedelter Boden vorhanden und die Bevölkerung konnte sich ungehemmt vermehren. Er rechnete aus, daß sich die Bevölkerung etwa 150 Jahre lang alle 25 Jahre verdoppelt habe. Daraus folgerte er, daß sich die Bevölkerung in dem Verhältnis von 1 zu 2, 4, 8, 16, 32, 64, 128, 256 usw. vermehre, also in geometrischer Progression wachse. Dicsem Modell über entschied die Vermehrung der zum Leben notwendigen Bodenerzeugnisse keineswegs. Durch Verbesserung des Unterbodens und der Kultivierung des noch freien und unbebauten Landes könne höchstens eine Vermehrung der Bodenerzeugnisse in dem Verhältnis wie 1 zu 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 usw. erzielt werden (Vermehrung in arithmetischer Progression).

Notwendigerweise muß aus diesem Modell eine Überbevölkerung eintreten. Mit anderen Worten: Die Unterhaltsmittel reichen nicht für die vorhandene Bevölkerung aus, wenn keine Maßnahmen gegen die Vermehrung der Bevölkerung getroffen werden. Sowohl die Natur nicht selber für eine Verminderung der Bevölkerung sorgt (Kriege, Seuchen usw.), müßten vorbeugende Vorkehrungen, wie Einführung von der Ehe, Enthaltung in der Kinderzeugung, getroffen werden (man verwechsle die Forderungen von Mathus nicht mit denen, die auf Beschützung der Kinderangetretenen). Er verlängerte, daß die Eltern in späterem Lebensalter erfolgen sollten. Überhaupt war er der Meinung, man könne den vermeintlichen Mangel mit Moralmaßnahmen aus der Welt schaffen.

Leben Staatslich und anderen sozialistischen Schriftstellern haben sich eine Reihe bürgerlicher Kritiker mit der widerlegung der Mathusischen Lehren beschäftigt (vom Fr. Litt. vom Dühring, Spencer und neuerdings Franz Oppenheim). Während diese Kritiker mehr mit den Waffen der Nationalökonomie fechten (das Geist des abnehmenenden Bodenertrages und anderes widerlegen), kommt Goldscheid mit den Waffen der Soziologie. Er findet starke Worte zur Bekämpfung des Mathusianismus. „Sollte man deshalb heute auf Mathusischer Grundlage die Menschen mit dem Überbevölkerungsgesetz hängen zu machen, so treibt man nur Demographie (Geburts-, Staatshilfe) und Demologie (Bevölkerungslehre) die erbärmliche Demagogie, und von wahrhaft wissenschaftlicher Haltung kann angesichts der realen Notwendigkeiten bei diesem Vertreter nicht gesprochen werden. Es ist ja auch nicht sicherlicher und widriger in unserer sozialen und Bürgerlichkeit und Bürgertreue, nur allzu reichen Reichtum als der Mathusianische Fiktions, der in der Nationalökonomie der Gegenwart zum Standard der privilegierten Eliten noch immer aufgestellt wird.“ In allen Ländern, wo die Zuwachsraten der Bevölkerung eine hohe sei, weiß man nichts von neuem daran hin, daß sämtliches Elend eine

Wolge des unerbittlichen Naturgesetzes der Biologie zwischen Menschenerneuerung und Nahrungsmittelei sei, und bezüglich aller jener Länder, wo die Bevölkerung nur in kurzer Langsamem Tempo oder überhaupt nicht zunehme, da spreche man wieder von den furchtbaren Gefahren der Degeneration, die das Zeatum der abnehmenden Geburtenziffer offenbart zum Ausdruck bringe. Wie wenig man aber an den Mathusischen Rückständigkeit erledigte Bedürfnisse gezeigt praktisch glaubte, beweise nichts deutlicher als die Tatsache, daß man selbst dort, wo man die tatsächliche Bevölkerungsmehrung für die Ursache aller Elends hinstelle, doch über nichts angstlicher wache, als daß diese Vermehrung ein langsameres Tempo einstelle.

Aus der Lehre von Mathus folgt, daß der Kampf ums Dasein seinen Ursprung in der Bevölkerung hat. Darin, der sich auf Mathus stützt, lehrt, daß jede Art die Tendenz habe, sich über den ganzen Erdball zu verbreiten und daß darum ein Kampf der Organismen um den begrenzten Nahrungsraum notwendig eintreten müsse. Red interessant und lehrreich wendet sich unter Berücksichtigung dieser Argumentationen, etwa in der Weise: Die verschiedenen Arten erfordern verschiedene Erbinnenbedingungen, diese sind auf einem Gebiet vorhanden auf einem anderen nicht. Schon deshalb ist es mehr als bedecklich zu erklären, jede Art würde sich, wenn der Konkurrenzkampf der Individuen nicht hindern eingreife, über den ganzen Erdball ausbreiten. Es kann gar keine Naturbedingungen geben, die es einer Art gestatten würden, alle anderen zu verdrängen. Nur bei höchster Mannigfaltigkeit der Lebewesen vermöge die Erde das Minimum von Organismen herzubringen. Jede Art sieht jeweils ganz bestimmte Ausbreitungsvoraussetzungen gegenüber. Sie müssen sich erweitern, desto größer sei auch die Tendenz zur Differenzierung nach den verschiedensten Richtungen, wie alle Mannigfaltigkeit der Charaktere ja auch aus der Vermehrung der Individuen über ein immer größeres, immer verschiedengestaltigeres Territorium erwache, aus der Besonderheit der Individuausstattung, die durch das Milieu bedingt sei.

Die Mathusischen Anschauungen mögen zu jener Zeit noch einigermaßen plausibel erschienen sein. Seit zwischen hat sich aber in wirtschaftlicher und geistiger Beziehung vieles geändert. Ich erinnere nur an das Land des Zweiflinderiums Frankreich und an die Lehren Liebigs Düngung und besserer Bodenbearbeitung. Wir wissen heute, daß die Produktionsleitung nachlässt, ja heutzutage zur Überdüngung hinneigt, selbst wenn die Nahrungsmittele in genügender Fülle vorhanden sind. Die neue Biologie (Lehre vom Leben) weist darauf hin, daß zu reichliche Nahrung und die dadurch eintretende Steigung zur Keimbildung die Fruchtbarkeit ganz wesentlich beeinträchtige, so daß also leicht der Fall eintreten könnte, daß gerade bei zu reichlicher Verhinderungsein der Nahrungsmittel statt Überdüngung Unterübersättigung eintrete. Die moderne Biologie besonders die Mikrobiologie (Lehre von den Bedingungen der kleinen Lebewesen) und die Biochemie (Lehre vom Stoffwechsel im lebenden Körper) haben noch volle Plausibilität zu schaffen. Zu einem Satz von fundamentaler Bedeutung kommt der Versailler nachdem er darauf erneut gemacht hatte, daß Mathus nur im ersten Kapitel seines Werkes seine für seine Behauptungen zu geben geplante habe, im übrigen nur Daten, aber keine Beweismittel beigebracht habe, nämlich zu dem: Sicher ist jedenfalls, daß wir eintheilige Entwickelungsstendenzen weniger gewa. wie gegenüberstanden, als der so sehr auffürchteten Überbevölkerungsgefahr. Nach überzeugenden Aussagen erster Autoritäten sind wir in der Lage, die Nahrungsmitteleproduktion weitaus über die bestehende Bevölkerungszahl der Erde hinaus auszudehnen. Diese Steigerung verdanken wir vor allem unserer besseren Einsicht in das Leben und die funktionelle Abhängigkeit der Naturkräfte.

Denjenigen, die immer von Überflüß an Menschen reden, schreibt der Verfasser der Menschenökonomie beider beherzigenswerte Worte ins Stammbuch: So lange nun aber nicht unveränderliche organische Natur ist, sondern veränderliche technische die Ursache der Differenz zwischen Bevölkerungsvermehrung und Nahrungsmitteleinsatz sind, solange ist es direkt unmöglich, die sozialen Übel durch Überflüß an Menschen erledigen zu wollen. Überflüß an Menschen sei gleich Überflüß an Arbeitskräften. Da jeder Mensch auch Konsum, nicht nur Produzent sei, so behauptet man, daß der Mensch gleichsam eine unerträgliche Maschine sei, die mehr konsumiert, als sie zu produzieren vermöge. Dieser Nachweis fehlt aber: daß der Verbrauch den Extrakt überschreitet. Nur wenn dies zutreffen würde, dann hätte es einen Sinn, die sozialen Übel als eine Folge des Überflusses hinzunehmen. Wie es sehr häufig bei anderen Dingen gleichheit, so wird bei der Frage der Überbevölkerung generalisiert. Lokale und temporäre Überbevölkerungen, Bevölkerungssteigerungen können überall und aus vieler Ursachen in die Erscheinung treten. Als allgemeingültiges, überall wirksames Prinzip muß sie also lehren werden. An unserer Seite, wo es Kärtchen, Sülle und Fülle gibt, ist es ganz und gar verzweigt, ob

die Bedeutungsfreiheit der Stöhrteller-Ministerien. Das Problem ist nicht in der Überbevölkerung, sondern in der Regelung der Arbeitsorganisation zu sehen. Durch nationale oder internationale Organisation kann dafür gesorgt werden, daß die unproduktiven Lebensjahre der einzelnen Personen durch die soziale Produktionsleistung gedeckt werden können.

Heute ist das Verhältnis sicher so, daß die Arbeitssituation entscheidet, ob die Menschenernährung rascher vor sich geht, als ihre Unterhaltsmittel vermehrbar sind. „Da wir können weitergehen und sagen, es ist zwar feinesmegs ein Naturgesetz, daß die Zunahme der Subsistenzmittel hinter der Bevölkerungsvermehrung notwendig zurückbleiben muß, es ist aber die Grundeinduzenz der heutigen, bloß rentabilitätlich orientierten und betriebenen Wirtschaft gleichzeitig die Vermehrung der Menschen anzustacheln. Liest man den älteren niedrigen Mitteln und der Subsistenzmittel zu entziehen.“ Wie auch die Sache auch drehen und wenden mag, in der Gegenwart verzweigen sich die Nahrungsmitte mehr als die Bevölkerung.

Ebenso wird das wahre Wesen der Überproduktion verkannt. Überproduktion spielt nicht etwa ein Brüder von besonderer Stärke, sondern sehr häufig von Schwäche und Unzulänglichkeit. „Auf einer jetztigen Stufe ein Produktionsprozeß steht, desto mehr ist er dem Überproduktion ausgesetzt.“ Sie gelingen eher die einzelnen Erzeugnisse und je genauer das Verhältnis von Produktion und Konsumtion geregelt ist, in desto höherem Maße wird die Überproduktion, als Voraussetzung der Leistungsfähigkeit und Funktionszulässigkeit, erforderlich. Allerdings, eine gewisse Überproduktion wird stets erforderlich sein, schon vermehrte Zwischenfälle wegen; auch das Optimum der Funktion erfordert eine Überproduktion in bestimmtem Umfang. Aber alles dies darf uns nicht darüber hinweg täuschen, daß überall im plantenwirtschaftlichen Schaffen, erst durch Beseitigung der Überproduktion, durch ökonomischere Ausgleichung als jenseits ist, die durchwegs beim blinden Naturwesen vor sich geht, die größten Errungenheiten erzielt werden sind.

Die neue Heeresvorlage und ihre Bedeutung.

三

Die Welt würde aufatmen, wenn dem verhängnisvollen Wettrüsten ein Ende bereitet würde. Die Leidungen unter den Staaten würden gemildert, die ewigen Kriegsgefahren vermieden und Milliarden von Steuergrößen, die heute für futurwidrige, unproduktive Zwecke verwendet werden, könnten für soziale und kulturelle Zwecke nutzbar gemacht werden. Ein ganzen Deutschen Reich — und in den meisten anderen Staaten Europas ebenso — wären noch tiefrührige Zustände im Bolschewismus, deren Beseitigung Geld kostet.

Die unheilvollen Wohnungsverhältnisse in Stadt und Land sind in den letzten Jahren in wachendem Maße Gegenstand der Debatten in den Parlamenten gewesen, zu durchgreifenden Lösen ist man nirgends gekommen, weil die finanziellen Mittel dafür nicht zur Verfügung standen. Die Arbeiterverfassung leidet unter den schmerzlichen Mängeln, die Dörfer des Schichtfeldes der Arbeit und ihre Familien sind immer noch großen Entbehrungen ausgesetzt, jeder Beruf einer Besserung aber zeigt auf den Hinweis, daß kein Geld dafür da sei. Der Sängerschub, der Sturm gegen die Tuberkulose wird am Schritt und Tritt gehemmt, weil die Kosten für radikale, erfolgversprechende Maßnahmen unerträglich scheinen. An die Erfüllung aller dieser und vieler anderer großer Aufgaben könnte herangetreten werden, wenn nur ein Teil der Summe hierfür Verwendung finde, die heute für Belebung und Verbesserung von Löhns- und Berührungsmiteln ausgetrieben werden.

Wären die Regierungen sich dieser großen politischen Pflichten bewußt, so hätte nichts unverhohlen gelesen werden dürfen, um eine Verständigung unter den Großstaaten herbeizuführen. Ein solches Versuch ist aber nicht gemacht worden. Vielmehr ist die deutsche Regierung sehr bald dem Kürzungstonismus unterlegen. Sie trat mit ihrer Nien-Schleswig-Vorlage an die Dänenföderat und wirkte damit natürlich nicht beruhigend, sondern aufregend. Viel mehr als durch den Balkan-Krieg ist durch den deutschen Kürzungskonflikt die Ruhe der Großstaaten gestört worden. Frankreich folgte, als die deutschen Kürzungspläne bekannt wurden, sofort nach mit dem Geiszentour auf Niederschaffung der dreijährigen Dienstzeit, die erstmals seit Jahren durch die zweijährige erneut worden ist. So die französische Benützung die nahegelegene Zahl wehrfähiger junger Männer nicht zu erzeugen vermochte, juckte die Regierung die Stärkung ihrer Armee nicht durch verlängerte Einschaffung der Ausgehobenen zu erreichen. Nachdem, des schon bisher ein Heer in fast der doppelten Stärke wie das Deutsche hatte, wird mit weiteren Vermeidungen nicht lange auf sich warten lassen. Sein großes Menschenrechen wird sobald nicht erhöht sein und die Gelder für die Verstärkung preist es mit brutalen Mitteln aus dem gefiederten Roste heraus. Eros des guten deutsch-englischen Verhältnisses sind auch neue Verhältnisse in Deutschland und England in nahe Aussicht zu nehmen.

Der vernünftige Mensch, der sich noch ein gefundenes, vom Mordektetismus unbeeinträchtigtes Nutzen über die Dinge, die um ihm herum vor sich gehen, bewahrt hat, soviel sie den Kopf und liegt nicht darunter, welcher Welt leben wir eigentlich? Wohin soll das führen? Wir förmte Menschenbild und Menschen große gepflegt und gehoben werden, wenn die männlichen Errungenheiten des Erbauer- und Erfinder- gesistes nur der Förderung des Augenblicks zugute kämen. Seine aber besteht zunächst der kapitalistischen Akteure alle technischen Fortschritte zu seinem Vorteile aus, und unter den Faktoren des öffentlichen Lebens, die die Verbesserungen des Sozial- und Bildungsbau für sich ausnutzen, steht in vorderster Reihe der auf die Zerstörung abzielende Militarismus. Gibt das noch einige Jahrzehnte so weiter, so erstickt die „Kunst“ menschlichkeit in Koffen. Friede aber eines Tages ein Krieg aus, so sind die Folgen nicht auszudenken. Seien bis zwölf Millionen mit den modernen Kriegswaffen ausgerüstete Männer könnten gegeneinander ins Feld geführt werden. Hunderttausende würden ihr Leben und ihre Gesundheit einzubüßen. Der Bauer, der Student, der Sohn und Sohn der Erzieher würde zahllosen Schäden entrichten werden, und selbst für ein regendes Volk wäre namenloses soziales Elend damit verbunden. Industrie, Handel und Verkehr würden auf lange Zeit lahmgelegt. Abholzämter würden am Kurzest oder längere Zeit geplagt, und lange Zeiträume der Apsontierung aller Städte würde es bedürfen, um die Leidenden aller Art zu heilen, die allen beteiligten Staaten, um schlimmstenfalls den untergeordneten, gleichlosen würden. Sollen und dürfen Denkende Koffer sich derartigen Szenarien aufgesetzten lassen? Sürzen sie das, obwohl sie wissen, dass nicht das Allgemeininteresse, sondern nur der Profit dieser Schichten von dieser unbeherrschbarsten Entwicklung Betroffen hat? Sie dürfen es nicht. Sie sind es auch selbst ihrer Würde, ihrer Zukunft, dem Wohl der dominierenden Geschlechter ihresgleichen, die Verminderung der Bevölkerung, die Sicherung des Friedens, die Erfüllung der Kulturaufgaben zu fordern.

Die letzten Wörtern haben mit erfreulicher Deutlichkeit den Beweis dafür gefürt, daß die Gründung der großen Lüteranten der Herrschaftsverteilung die Haupttriebfeder des Weltmarktes bildet. Die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik sucht durch zahlreiche Agenten fahrene Kaufleute in die Französischen Breite zu bringen, modurch die deutsche Regierung zu vermittelten Käufungsantrittungen gedrängt werden soll, die der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik neue Käufenaufträge einbringen. Beute der Firma Krupp beweisen mit schwindendem Gelde Beute der Herrschaftsverteilung, um Schämalen über Lieferungsaufträge in die Fände zu bekommen. Nicht nur daß das Roffsvermögen in Frankreich der Seine zur Bereicherung einer handvoll Handelsreichen vertheidigt wird, auch der Friede, alle Menschheitssubstanz wird aufs gefährlichste bedroht durch die Sackgasse der Lüteranten nach innen raezen gewinnbringenden Auffällungen. Dieselben Waffenherren, die die Französen und Italiener, die Türken und Chinesen bis in die Söhne austörichten, lassen durch eine gefürgige Seeze „im Namen des Vaterlandes“ in einer Friedenszeit Käufungsantrittungen geltend machen zur Wahlung des Ehe Deutschlands.

Dreier Zusamm' wäre zum Vergleich, wenn nicht die Befreiungen würdig unterscheiden würden, die dieser in dieses Dreieck hineinbringen und mit Arbeitern dagegen erfüllt werden. Der Herr Doctor Marxen bildet die moderne Arbeiterschaft. Unter den politischen Parteien steht allerdings die sozialdemokratische Arbeiterschaft allein als ehrlosem Gegner in diesem Rüttungsschweiz gegenüber. Doch reicht auch aufzuhoffen ihrer Stärke die gesunde Bevölkerung. In der Schweiz sind eine Menge Vertreter aller Parteien zu einem Komitee zusammengeschlossen und haben auf Wiss. Moi eine internationale Konferenz von Radikalenparteien nach Bern einberufen, die Mittel und Wege finden soll zu einer Versöhnung der Nationen und zur Abwendung vom Krieg des einzigen Weltkriens. Die Arbeiterschaft der verschiedenen Länder wird auf dieser Konferenz vertreten sein, zu wünschen wäre, dass auch Bürgerliche Politiker, die an den Fabrik-, Schrein- und Kaufmannsstanden nicht interessiert sind, in wichtiger Zahl eingehen möchten. Von dort allerdings auf diese Tagung keine übertriebenen Hoffnungen lassen. Siege ist nur die Richtung an, in der höchst weiter gearbeitet werden kann, so berichtet sie uns ein am Ende.

Ein zweites, was zu geschehen hat, ist die Schaffung von
Ministern, damit die Stufen aller weiteren Führungsspitzen
eigentümlich den bestehenden Stufen aufgebaut werden
können. Zu diesem Zweck wird die Arbeitsteilung im
Reichstag all ihr Gewicht in die Sozialdemokratie zu legen
haben. Wie die Dinge zurzeit liegen, ist auf die Ab-
schaffung der Heeresvorlage trotz des zähnen Kämpf-
endes der Altherrenpartei noch nicht zu rechnen. Dann
würde zum mindesten verhünt werden, dass wiederum
die Arbeiterpartei die Milliardenlöhne ausdrücklich ver-
tragen. Ganz so ungerichtet wie in früheren Jahren hat
die Regierung dieses Mal nicht mit Motivationen und
Einschwärtzen sich getraut. Die neuen ehemaligen Minis-
tren sollen durch den so genannten Schreibkasten er-
klärt werden. Die Befähigten der 10 000 FDP an
abzubütschen sollen mit 1. Prozent Einführung von mehr

bis 50 000 Th. pro Jahr mit 2 Prozent ohne Rückgriff auf das Vermögen betroffen werden. Es wird notwendig sein, diese Abgabe noch über hinaus noch zu verhöhen, damit für die Zukunft der eingetragenen Kreisen des geistigen Werkes die Lust vergeht, immer aus neue auf die Rümpfungsbegeisterung hinzuarbeiten. Die fortwährenden Ausschreien sollen durch erhöhte Wehrverträge der Gemeinden, die durch Vermögen-, Grundbesitz- oder Gewerbesachen aufgebracht haben, ferner durch Schließung der Buchdruckerei (die nach früheren Abschreibungen aufgehoben werden sollte), durch Schließung des Grand-Hotel- und Bauschmiedes und durch Einführung des Gebotssatzes des Staates für Unternehmensarten, bei denen keine oder nur schwerlich verwandte Gaben in Betracht kommen, gedeckt werden. Auch beständig durch dauernden Missgriff der Arbeiterversicherung die Unfälle, mit Gewalt und Gewalt für eine wirksame Rechtsbelehrung zu fürchten. Die Anhänger jeder sozialen Verfassung, daß die dem Staatssatzes feindliche Vertretung der Arbeiter jede Steuer, also auch eine Sozialsteuer, die zum Deckung der beschleunigten Rüstungskosten diene, abzulegen habe, sind erfreulichweise ganz unten geworden. Sicherheit der Möglichkeit des Strafzuges gegen den Schänderschaffen der Arbeiterversicherung zu erweiteren die Arbeiterversicherung zu den Arbeitervertretern, daß sie für die geistige und körperliche Erziehung der unarbeitsfähigen Bevölkerung allein die Bezahlungsfähigkeit über die Renditeabfindung zu überlassen habe, ist niemand vollkommen als denen, die den Preis hören wollen. Das wäre ungünstiger ja, als wenn die Rendite der Arbeiters, wenn ihre Forderung des Vierstundentags abgelehnt wird, an jeder weiteren Drödte über die Arbeitsszeit und den Arbeitertag im allgemeinen die Beschäftigung ablehnen wollten. Bei der Renditeabfindung muß des auf den Betrieb auf alle vorlänglichen Kostenarbeit und sofortlich sogar auf die zukünftige Erhaltung des Betriebes hinzuaddieren.

Die Vertreter der Arbeiterschaft erfordern in jeder, auch der kleinste Spaltung, die dem Gepotesten entgegen werden kann, in Sicherheit zu bringen. Sie wünscht ferner die Rettung als Vertreter des Großherzogtums und die Zusammenkünfte gegen eine eventuelle Besetzung zu verhindern, um so nachdrücklicher das die Arbeiterschaft für deren Verhinderung zu bewegen. Schafft die Belästigung des Reiches mit einer rücksichtigen Abrede von einer Wollprobe und mit einer bestehenden Sankt von 200 Millionen würde indirekt auch die Arbeiterschaft zu weiteren Aktionen. Diese Sache müssen wir machen, doch wenn sie vom Reich getragen werden müssten, fügt in die künftigen politischen Verhandlungen ein und die Konsolidation werden sich nach Möglichkeit an den Arbeitern wieder siedellos zu halten suchen. Es ist aber kein Zweifel, daß die Arbeiterschaft noch viel schwieriger getroffen würde, wenn nach dem Sammeln der Bevölkerung der Städte wiederum der Verbrauch der Verschöpfen mit Steuern erhöht wird beklagt würde, wie sie durch die Finanzierung des Reichsvermögens einzuholen wünschen.

Die Stellung und Anlage der Arbeiterschaft in diesen Jahren ergibt sich also aus aller Einheits-Befürchtung der Kultusministerei, Pflege der politischen Beziehungen, die von der französischen, englischen, russischen Arbeiterschaft nicht mehr wahrnehmbar gewünscht werden, wie von der deutschen Befürchtung der Kommunisten, die der Universal Menschen für Zwecke der Kultusministerie Handlung der unabschöpflichen Weisheiten auf die Schultern des Reiches, damit direkt führt werden von diesen Schülern jetzt neuen Kämpfen zu Sufit und zu Sande. In diesem Sinne hat nun die Kultusministerium-Befürchtung der deutschen Arbeiterschaft bisher bestanden, da wird auch weiter ihre Befürchtung sein.

Bericht der Generalversammlung für das Jahr 1912.

1

Digitized by Google

Die würdig wohlführende Wucht der Gewerkschaften veranloßte die Schuhmacher im Unternehmensbereich, immer wieder nach Ausbildungssprüchen gegen die Gewerkschaften zu rufen. Der Glanz an die eigene Kraft läßt sich im organisierten Unternehmensbereich nicht und nicht zu überwinden. Was hatte schließlich durch einwirkende Ausbildung der Ausbildungsbereich jeden Schuhmacher zu einem für die Unternehmer günstigen Ergebnis führen und den Erfolg der Gewerkschaften auf die Gründung der Sozial- und Arbeitsverhältnisse brachten zu können. Das dieses Ziel nie erreicht werden wird, kann der Ausgang aller größten Schlußfolgerungen der letzten Jahre. Von Berücksichtung gelangten die Gewerkschaften im Jahr 1911 beginnenden Räumung im Schuhmachergewerbe und in der Zelluloidindustrie zum Abschluß. Dies der verhängten Ausbildungswegen mußten die Unternehmer sich zu einem für die Arbeitnehmertumtreue eintreffenden Friedensschluß bequemen und die verhängten Gewerkschaften erneutieren. So gesetzten Ausbildungswegen kam es in der Korallenindustrie im Schuhmachergewerbe und in der Zelluloidindustrie. Die Räumung in der Borzellen- und Werkzeugindustrie wurde durch direkte Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitersorganisationen beendet; der Raum in

Schneidergewerbe durch Schiedspruch. In allen Fällen haben die Unternehmer nicht unerhebliche Zusätzlicheit an die Arbeiter machen müssen.

Der bedeutsendste Kampf des Vorjahres war der Bergarbeiterkampf im Ruhrrevier, der infolge des in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung einzig dastehenden unerhörten Vertrags der örtlichen Gewerkschaften und des zügellosen Terrors, der in dem von der Polizei und Militär überfluteten Kreisgebiet gegen die Streikenden ausgeübt wurde, ihnen nach einwöchiger Dauer erfolglos abgedroht werden musste. In einem gemeinsamen Antrag erhoben Generalkommision und Parteivorstand öffentlichen Protest gegen das Verhalten der Regierung, die gerade in der kritischen Zeit wieder einmal in so klarer Weise gezeigt habe, wie sehr sie von den Bünden der Schärmischer nachzufolgen. An die Arbeiter im ganzen Reich wurde das Ersticken gerichtet, nach dem Protest anzuhören. Unterstützt von den christlichen Gewerkschaftsführern leiste eine uneheliche Heze gegen die freien Gewerkschaften ein. Die unter dem Terrorstaat wirtschaftlicher und öffentlicher Gewalten leidenden gewerkschaftlichen Organisationen wurden des Terrorismus gegen Arbeitswillige beschuldigt, zu deren Schutz man verächtliche Strafbestimmungen, insbesondere ein gesetzliches Verbot des Streiks nebst verlangte. Dem Einfluß der Unternehmer gelang es, die gesetzgebenden Körperschaften mehrerer Bundesstaaten mobil zu machen, so daß in Hamburg, Sachsen und Preußen von den Parlamenten an die Reichsregierung die Aufforderung gerichtet wurde, die Strafbestimmungen gegen die Gewerkschaften zu verschärfen.

Die Durchführung solcher Absichten dürfte allerdings im Reichstag zunächst um einige Schwierigkeiten trocken. Ein konserватiver Antrag, der ein geistesloses Verbot des Streikbetriebs forderte, wurde vom Reichstag mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch die Reichsregierung erklärte sich dagegen, aber nur, weil sie nur von ausnahmerechtlichen Maßregeln nichts verlangt und den gegenwärtigen Zeitpunkt für geistige Aktionen gegen die Gewerkschaften nicht für geeignet hält. Sie erklärt, mit der nächsten Entwicklung der bestehenden Gegebenheiten einzweilen auszommen zu wollen und will erst bei der Neuregelung uniertes Strafrechts im neuen Strafgesetzbuch den entscheidenden Schlag gegen das Koalitionrecht der deutschen Arbeiter führen. Wie wenig die Reichsregierung geneigt ist, das Koalitionrecht zu missbrauchen und wie sehr man besteht in, es durch juristische Mittel fortzuführen, beweisen die Verhandlungen des Reichstages über das Koalitionrecht der Staatssoldaten vom 10. und 11. Dezember vorletzten Jahres. Der Staatssekretär des Reichsministeriums des Innern, Dr. Lefebvre, verteidigte dabei zu der ungeheuerlichen Behauptung, jeder Arbeitgeber habe das Recht, durch Privatvertrag seinen Arbeitern die Ausübung des Koalitionrechts zu verbieten oder auch ganz zu verbieten. Ein solcher Vertrag sei nicht geistigwidrig und durchaus zulässig. Der Staatssekretär mußte nun von dem sozialdemokratischen Redner darüber belehren lassen, daß keine funktionierende Ausübung unbillbar sei und daß bei der Durchsetzung des Bürgerlichen Strafgesetzes ausdrücklich vom Reichstag und Regierung festgestellt worden ist, daß ein Vertrag, durch welchen jemand die Koalitionsfreiheit befreit wird, als gegen die guten Sitten verkehrend anzusehen und deshalb nach § 138 des Bürgerlichen Strafgesetzes nützlich sei.

Die Folgen der gegen die Gewerkschaften betriebenen Heze und der Stellungnahme der Regierung, die unterstützte eine härtere Ausübung der bestehenden Gesetze gegen die ihr Koalitionrecht entzogenen Arbeiter forderte, zeigen sich im ganzen Lande. Zentrale und lokale Gerichte werden für ein recht beklagende Worte, wenn sie gegenüber einem Streikführer gefallen sind, geradezu barbarische Strafen verhängt. Das Berichtsjahr wird nur zu einem schärfsteren Betriebe gekennzeichnet. Zumeist kürzesten Strafen für freundschaftliche Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu streuen. Die sozialnationalen Gewerkschaften, die Kriegervereine, die Arbeitgeberorganisationen usw., die alle in viel weitreichenderen Maße zu politischen Zeugestragen Stellung nehmen und offen den Kampf für bestimmte politische Parteien führen, lösen nun dagegen ungewöhnlich. Sie fehlt in Deutschland mit zweiter Reihe ganz, geht aus aus dem Verboten der Aufnahmen und der Sanktionen gegen die Sanktionen der Gewerkschaften und der Sanktionen gegen die Sanktionen. Zahlreiche Sanktionen und dazu übergegangen, diese Mitgliedern zu verbieten. Kartellverträge abzuholen und zwar unter Androhung einer Strafe von 20 Pf. für jeden Tag, an dem der Kartellvertrag aufzutreten gehabt wird. Sanktionsbestrafungen bestrafen die Mitglieder ihrer Mitglieder, die sich weigern, dem Sekretär der Unteren Gewerkschaftskonferenz gemäß ihre Arbeit auszuführen. Das ein solches terroristisches Verhalten gegen § 153 der Gewerkschaftsbewegung vertritt, ist zweifellos. Trotz mehrfachem Strafversuch bei sich bisher aber noch kein Staatsschutz gefunden. Der gegen diese Gewerkschaftsbewegung eingeschlagene Krieg.

Zeitungen außer Spiegel mit einer Formularausgabe, die jetzt immer den Beweis zu führen, daß wir in einem schaffensfreien Leben und die von der

Gesetzgebung gewährleistete Rechtsgleichheit im Wirklichkeit der Arbeiterklasse gegenüber nicht vorhanden ist.

Der neue Reichstag hat bisher auf sozialpolitischem Gebiete nichts geleistet, wenn man von den überaus zahlreichen Resolutionen zum Etat absieht. Solche Resolutionen sind von allen Parteien in großer Zahl eingebrochen und vom Reichstag angenommen worden. Es ist ja so leicht, für eine Resolution zu stimmen, durch welche die Regierung aufgefordert wird, dies oder jenes Gesetz zugunsten der Arbeiter und Angestellten vorzulegen. Die Regierung kennt ihre Barmherigkeit und läßt sich Zeit, sehr viel Zeit, kommt aber endlich einmal ein sozialpolitisches Gesetz an den Reichstag, so zeigt es sich, daß die bürgerlichen Parteien zwar immer schöne Worte für die Arbeiter haben, daß sie zu Taten aber meist nicht zu haben sind. Die Beratungen über den dem Reichstag vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der §§ 74 bis 76 des Handelsstrafgesetzes liefern den besten Beweis dafür. Der Gesetzentwurf will eine Einerung bzw. Ausschaltung des Missbrauchs der Konkurrenzklauel gegenüber den Handlungsgeschäften. Die Handlungsgeschäfte aller Richtungen verlangen übereinstimmend das gleiche gesetzliche Verbot der Konkurrenzklauel. Dafür tritt jedoch nur die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages ein: alle bürgerlichen Parteien lehnen ein solches Verbot ab. Für eine ernsthafte durchgreifende Sozialpolitik sind eben die bürgerlichen Parteien nicht zu haben.

Die zur Durchführung der Volksversicherung von den der Generalkommision angehörenden Gewerkschaften und dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine errichtete "Gewerkschaftlich-gewissenschaftliche Akademie gesellschaftlicher Polffürsorge" hat ihren Geschäftsbetrieb

leider immer noch nicht beginnen können. Der mit der Ausarbeitung der Tarife und Versicherungsbedingungen beauftragte Mathematiker hat die Arbeit, satt, wie vereinbart, Ende September erstmals Bezeichnungen v. J. abgeliefert. Anfolgendem konnten Geschäftsräume, Tarife und Versicherungsbedingungen erstmals am 18. Dezember dem statutarischen Aufsichtsamt für Privatversicherung zur Prüfung eingereicht werden. Das Aufsichtsamt hat eine Reihe von Aenderungen verlangt, die inzwischen vorgenommen sind. Über die Genehmigung des Geschäftsbetriebes entscheidet das Amt unter Mitwirkung des Versicherungsbeirats nach mündlicher Verhandlung.

Wie lange die Genehmigung noch auf sich warten lassen wird, läßt sich nicht bestimmt sagen. Wenn das Aufsichtsamt die Sache nicht ungebührlich verzögert, würde es möglich sein, am 1. Juli d. J. mit dem Geschäftsbetrieb zu beginnen. Es gibt allerdings Leute, die behaupten, die Genehmigung des Geschäftsbetriebes der "Polffürsorge" würde so lange hinausgezögert werden, bis die "nationale" Gegengründung, die "Deutsche Volksversicherungs-Aktiengesellschaft", in Funktion treten sei. Wir teilen diese Meinung nicht und legen voran, daß das Aufsichtsamt durchaus unverzüglich seines Amtes wälzen wird. (Die Genehmigung ist nun erteilt.)

Die Jugendbewegung hat in der Berichtszeit gute Fortschritte gemacht, obwohl sie von Staat, Gemeinde und Unternehmertum in der ursprünglichen Weise bekämpft worden ist. Versammlungen wurden für politisch erklärt, bevor sie begonnen hatten. Sogar gesetzliche Veranordnungen und Sanktionen wurden im voraus zu politischen Versammlungen gestempelt. Oftmals wurden die Sanktionen der Lokale von den Churbüros des Altersausschusses geziert, um die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen am Besuch der Versammlung zu hindern. In einigen ländlichen Orten verboten die Schulbehörden auf Grund der Schulordnung den Fortbildungsschülern die Teilnahme an kontrahierenden Feiern, die von den Jugendausschüssen verlaufen waren. Wahrend letztermalen verucht wurde, die Jugendlichen von der Jugendbewegung der Arbeiterchaft mit der Partei fernzuhalten, bemühten sich die bürgerlichen Cliquen, die jungen Arbeiter mit dem Zuckerbrot an sich zu locken. Und dieselben Behörden, die die Jugendbewegung der Arbeiterchaft brutal bekämpften, leisteten dem Jugendfang des Bürgertums jeden erdenklichen Liebesservice. In diesem heißen, für die Arbeiterkraft spätesten Kamptag um die arbeitende Jugend hat sich aber unsere Jugendbewegung glänzend bewiesen. Der Fortschritt läßt sich am besten an dem Abonnentenstande der "Arbeiter-Jugend" ermessen. Er ist von 80 000 auf 90 000 gestiegen.

Ein besonderes Augenmerk hat die Zentralstelle der Ausbildung von Funktionären für die freie Jugendbewegung zugewendet. Sie gibt nach Bedarf ein gedrucktes Handbuch heraus, das Anleitungen für die praktische Arbeit auf allen Gebieten enthält. Für die einzelnen Arbeitszweige, das Vertragssystem, Errichtung von Jugendbibliotheken, künftige gesetzliche Veranordnungen, Körverweselung usw. sind im Laufe des Jahres besondere Broschüren gedruckt worden, die an funktionäre unentgeltlich abgegeben werden. Da der schriftlichen Bekanntmachung auf diesem Gebiete enge Grenzen gesetzt sind, ist die Zentralstelle zur Errichtung eines Ausbildungsfonds für Jugendleiter eingetreten. Der Kursus fand im Oktober in Berlin statt. 22 Funktionäre aus verschiedenen Bezirken Deutschlands wurden eine Woche lang über alle Fragen der Jugendbewegung vorzüglich und breitlich unterrichtet. Dem ermutigten Bunde der Teilnehmer

folgend, hat die Zentralstelle beschlossen, den Kursus zu einer ständigen Einrichtung zu machen.

Jugendausschüsse gibt es in 637 Orten (gegen 574 im Vorjahr). Die Zahl der Veranstaltungen, die sie zur Pflege des Körpers und des Geistes unserer Jugend getroffen haben, hat die des vorjährigen Sommers um ein bedeutendes überschritten. Zu Sommer erfreuen sich naturgemäß die Wanderungen und Spiele im Freien eines stärkeren Interesses der Jugend als die reinen Bildungsveranstaltungen. Allgemein ist darum das Bestreben der Jugendausschüsse, die Wanderungen auch zu einem Mittel geistiger Erfrischung und Fortbildung zu machen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Zu den gewerkschaftlichen Organisationen, welche in der organisierten Arbeiterschaft und darüber hinaus auch im bürgerlichen Publikum fast immer ein ungeteiltes Interesse finden, darf mit in erster Linie der Bergarbeiterverband gerechnet werden. Man sagt nicht zuviel, wenn man behauptet, daß in weiten Kreisen der werktätigen Bevölkerung dem Bergarbeiter und seinem Los eine große Sympathie eingebracht wird. Ohne jeden Zweifel wird dieses durch den gefährlichen Beruf und andererseits durch den ständigen Kampf, den das Bergwerkproletariat mit dem Grubentypal zu führen hat, hervergerufen. Dabei fördert der Bergarbeiter ungezählte Schäden an des Tageslicht und findet so wenig Anerkennung für seine Opfermut. So werden viele organisierte Arbeiter der in voriger Woche in Hannover abgehaltenen Generalversammlung der Bergarbeiter gefolgt sein und gespielen wie hier einen kleinen Rückblick. Aus dem Vorstandsbereich interessiert die ungeheure Fülle von Material, welches auf die wirtschaftliche Bedeutung des Bergbaus im In- und Ausland erstreckt. Danach steht Deutschland in bezug auf die Produktionsziffern von geförderten Kohle an dritter Stelle in der Welt. Das Gedächtnisjahr 1911/12, in welches der unglücklich verlaufene Streit fiel, gehört gewißlich zu den besten des Bergbaus. Um so mehr ist es zu bedauern, daß durch den Vertrag der Christlichen ein Kampf von jährem Umfang verloren ging. Wir hatten seinerzeit den Mitgliedern den Ausgang dieses Kampfes ausführlich geschildert und müssen wir es uns deshalb verjagen, darauf noch näher einzugehen. Im Vorstandsbereich nimmt dieser Streit und seine Lehren allerdings einen breiten Raum ein, insbesondere schon deshalb, weil die Kunden dieses Kampfes noch nicht gebildet sind. Vermöglichlich tritt dieses bei der Mitgliederbewegung in Erinnerung, wo über eine außerordentliche Situation geklagt wird. 75 802 Eintritten stehen 85 177 Ausritte gegenüber, so daß in der zweijährigen Berichtsperiode ein Verlust von 9370 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Durch den großen Streit im Jahre 1912 ist die Ausgabe für Sicherheitsförderung auf 3 615 526 M. gestiegen, gegenüber 471 000 M. in der vorigen Berichtsperiode. Auch für alle übrigen Unternehmungen wurde wesentlich mehr ausgegeben, so daß des Verbandsvermögen um 1 Million Mark zurückging. Aus allen diesen Gründen liegen Anträge auf Erhöhung der Beiträge vor, da auch die Bergarbeiter eingesehen haben, daß zum Kriegsführer Geld gehört. Der von dem Vorstande Sache ermittelte mündliche Bericht weist noch auf die ungeheure Zunahme der Lieberichter hin, wo die Arbeiter zu einem großen Teile selbst die Hand dazu bieten. Dieser trittet er die Handhabung des Arbeitsnachweises der berechtigten Unternehmer. Schwarze Listen hand in Hand mit diesem Nachweis bilden eine schwere Geisel für die Fortbewegung des Bergarbeiters. Der Vorstandsbereich empfiehlt nur eine kurze Debattie, in der insbesondere das Einverständnis der Delegierten mit der Haltung des Vorstandes im vorjährigen Lohnkampf zum Ausdruck gebracht wurde. Der Redaktionsbericht erfordert eine längere Diskussion und tritt ebenfalls das Bestreben zutage, mehr für die Verbesserung des Bergarbeiters zu tun. Eine Reihe diesbezüglicher Anträge fanden Annahme. In einem besondern Punkte der Tagessordnung wurde das Kapitel der Lehrveranstaltungen behandelt und führte zur Annahme einer Resolution, welche sich auch gegen das Verhalten der Gewerkschaften wendet. Die Tagungen des Bergarbeiterverbandes haben aber ihre starken Seiten auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Auch diesmal wurde eine wichtiger Resolution gelesen, deren Titel schon für sie sprechen. So sprach Waldherr-Bodum über "Die Missionierung im Bergbau" und forderte eine ungestoppte Tätigkeit der Sicherheitsmänner im Bergbau. Wer erinnert sich nicht an die Unglückszeichen, in denen der Schriftsteller Tod so ungeheure Opfer gefordert hat. Für das Jahr 1912 sind allein 200 Todesfälle gemeldet worden, einschließlich Einzelunfälle. In einer Resolution wird ein ausgedehnter gesetzlicher Bergarbeiterabschluß gefordert. Habe ich mich über die Konzentration und die Verschärfung im Bergbau und wies die wahnfeste Preispolitik der Kartelle zum Nutzen einer Handvoll Leute und zum Schaden der Gesamtbevölkerung nach. Aus der Sicherheitserwerbung haben wir noch die Erhöhung der Beiträge hervor. Es wurde eine 60-Pf.-Klasse beschlossen, die allerdings freiwillig gezahlt werden kann bei entsprechend höheren Unternehmungen.

Der Verband der Fleischer tagte zur selben Zeit in Dresden. Wenn wir es auch hier mit einer kleinen Organisation zu tun haben, so darf doch nicht bestreit werden, daß dieser Verband in den letzten Jahren einer guten Vertrags gemacht hat. Dieses ist um so mehr zu begrüßen, weil wir es hier mit einer rücksichtigen Arbeiterschaft und auch Unternehmertum zu tun haben. Der Fleisch- und Lederzweig mit allen seinen üblichen Begleiterscheinungen läßt sich dieser Arbeiterschicht und tauscht nur ein ichturisches Verständigen der Organisation ab. Aus dem Geschäftsjahr haben wir berichtet, daß die Mitgliedszahl in den letzten drei Jahren von 250 auf 650 gestiegen ist, also eine komplette Verdopplung. Dieser Aufschwung erzeugte eine erhöhte Tätigkeit auf dem Gebiete der Gewerkschaften. Die erzielten Erfolge beweisen die Verbesserung der Arbeitszeit, welche für die Organisation einen hohen Grad der Leistungsfähigkeit darstellt. Es wurden in dieser Geschäftsjahr für nicht weniger

als 2000 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 16 481 Stunden und eine Lohnverhöhung von 2250 M. pro Woche erzielte. Der Mannenbestand hat sich trotz der vielen Ausgaben für den Lohnkampf und für sonstige Unterstützungen um 30 000 M. erhöht. In der mündlichen Berichterstattung steht der Vorsitzende noch ausführlich auf die wirtschaftlichen Erziehungen der Fleischproduktion und des Fleischhandels ein und betont, daß zahlreiche kleine Erfolgen in der letzten Zeit verzeichnet wurden. In einer ausführlichen Resolution fordert der Verbandstag die Lehnmung der Grenzen und die Beseitigung aller sonnabenden Bestimmungen für die Einführung des Fleisches und lebendes Viehs. Die Diskussion über den Geschäftsbereich war sehr ergiebig, kaum möglich über die zukünftige Ausgestaltung des Tarifvertrags. Beschllossen wurde, daß der Verbandsorgan „Der Fleißdier“, in der Folge nördlich erscheinen zu lassen. Ferner brachte der Verbandstag zum Ausdruck, entgegen eilicher Anträge, daß die Errichtung von Produktionsgenossenschaften vornehmlich Aufgabe der Konsumgenossenschaften sein sollte. Aus der sonstigen Tagesordnung haben wir noch hervor den Punkt: „Die Tarifbewegung in den Genossenschaftsleistungseinheiten“. Es gibt zurzeit schon ganz ausbauliche Betriebe auf diesen Gebieten, so die Fleischerei der „Produktion“ in Hamburg, die 288 Personen beschäftigt, in Leipzig sind 215 Personen beschäftigt. Zusätzlich haben 21 Konsumvereine eigene Fleischereien eingerichtet. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesen Betrieben sind befriedigende und wert der Anerkennung, übermäßig hohe Forderungen zu stellen. Ferner werden noch Referate erstattet über die Taktik bei Lohnbewegungen, über die gelbe Gesellenbewegung und die Polizeisfürsorge. Einen breiten Raum nehmen die Statutenänderungen in Anspruch und wurden die Unterstützungsätze sehr wesentlich verbessert.

Die Sitzungen fanden in der letzten Aprilwoche in Breslau. Die Verbandstage dieser Organisation zeichnen sich mehr durch ihre sozialpolitischen Aufgaben aus, als wie durch organisatorische. Der Künstlerstolz läßt eine geistige Organisation nicht auskommen, andererseits ist die Erfahrung der Zivilmusiker durch die Konkurrenz der Militärmusik stark gefährdet. Aus den staatlichen Nachweisen des Vorstandes geht hervor, daß sich die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Musiker in der letzten Geschäftsperiode nicht verbessert haben. Dem über 50 Prozent der Zivilmusiker hat nicht einmal einen Monatsdurchschnittslohn von 46 Mark. Die Organisation umfaßte Ende 1912 27 Hektstellen 1885 Mitglieder und wied über eine starke Entwicklung gezeigt. Durch Anträge will man die Organisationen der modernen Arbeiterbewegung, ferner die Vertretungen der Volks- und Gewerkschaftshäuser verpflichten, zunächst die Organisation der Zivilmusiker zu berücksichtigen. Der Vorsitzende Faust lehnte aber mit Recht eine derartige Zustimmung ab, indem er darauf verwies, daß diese Klage in dem Maße abnehmen werde, wie die berufliche Ausbildung der Zivilmusiker zunehmen werde. Aus der Tagesordnung ist noch von Interesse die Behandlung des Themas: die Münster in der Reichsversicherungsordnung, die Militärtakten in Theorie und Praxis. Im Kapitale soll eine besondere Agitationstruktur angestellt werden. Das System der Gauleitungen hat sich in dieser Organisation nicht bewährt.

Der Kampf der Bergarbeiter in Oberhessen hat in der letzten Woche noch en Umfang zugewonnen. Es leben zurzeit über 80 000 Arbeiter im Kampfe Leben. Von Vermittlungsversuchen, zwischen den Parteien zu verhindern, bei man bis zur Stunde noch nichts gehört.

Die Aussperzung der Maler dauert noch immer fort. Es verlaute, daß man erst die Verhandlungen im Baugewerbe abwarten will. In Berlin will der Oberbürgermeister Bernuth neue Verhandlungen herbeiführen.

Die Lohnbewegung der Bauarbeiter hat in einer Reihe größerer Bezirke die iengererbte Einigung gebracht. Auch für Berlin wurde den neuen Vorschlägen der Narrenzüden zugestimmt. Der Bauarbeiterverband hat gleichzeitig mit den zentralen Verhandlungen einen Verbandstag einberufen, der als Fortsetzung des im Januar d. J. einberufenen Verbandstages zu betrachten ist. Als vornehmlicher Punkt der Tagesordnung steht die gegenwärtige Tarifbewegung zur Bedeutung. In namentlicher Abstimmung erklärte der Verbandstag mit 260 gegen 20 Stimmen, daß der Erneuerung des Tarifvertrages auf der Grundlage der vorliegenden Vorschläge zuzumessen. Zu der sehr ausgiebigen Diskussion waren die Vorschläge besonders von den Vertretern der Bezirke Rheinland-Pfalz als unzulänglich bezeichnet worden. Demgemäß erhielt auch der Verbandsvorstand den Auftrag, den eindringlichen Versuch zu machen, die Unzulänglichkeiten zu beseitigen und günstigere Bedingungen zu erzielen. Gedoch beschloß der Verbandstag einstimmig, daß alle Zweigvereine dem Vorschlag Nechtmann zu tragen haben und Streiks aus Anlaß dieser Bewegung nicht unterstützt werden. Zu gleicher Zeit tagten auch die Zimmerer in Berlin, um zur Tarifbewegung Stellung zu nehmen. Auch der Verbandstag der Zimmerer, eine Fortsetzung der Tagung vom Februar, nahm mit 102 gegen 25 Stimmen die Vorschläge der Unparteiischen an, obwohl keiner Kritik daran geübt wurde. Auch die sozialistischen Bauarbeiter stimmen in ihrer außerordentlichen Tagung den Vorschlägen zu. Somit dürfte die diesmalige Lohnbewegung im Baugewerbe friedlich verlaufen.

Bewegung im Berufe.

Zugang ist fernzuhalten nach folgenden:

Brauereien:

Machen, Export-Brauerei Dittmann u. Sauerländer.
Kreuznach, Brauerei.
Luxemburg, Brauerei Henry Ruit.
Steinach, S.M., Bürgerbräu.
Weiseburg, Brauerei Bod.

Biernielerlagen, Seltersfabriken:

Königsberg, Biernielerlage W. Mohr

Brennereien und Getreifabriken:

Stuttgart, Spitzhafen Flanz.

Mühlen:

Berlin, Schüttmühle und Verbeimühle.
Homburg a. M., Firma Stok u. Haussmann.
Meißen, Buschmühle (M. Beyer).
Oldenburg, Rathmannsmühle.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

Brauereien:

† Berlin. Die Lohnbewegung in den Weißbierbrauereien ist beendet. Bericht folgt.

† Culm i. Westpr. Erfolgreicher Streit. Der am 22. April in der Höchster Brauerei begonnene Streit ist nach fast dreiwöchiger Dauer am 10. Mai mit gutem Erfolg beendet worden. Die Organisation ist anerkannt. Bericht folgt.

† Kaiserslautern. Streit und Tarifvertrag. Der am 2. Mai in der Brauerei Lohr ausgebrochene Streit ist mit Abschluß eines Tarifvertrages am 5. Mai beendet. Bericht folgt.

† Kreuznach. Nach wiederholten Versuchen ist es endlich gelungen, auch die hierigen Brauereiarbeiter für die Organisation zu gewinnen. Die äußerst rüdständigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den beiden hierigen Betrieben geben den Arbeitern Anlaß, nunmehr zeitgemäße Forderungen zu stellen. Das brachte die Betriebsleitung des Kreuznacher Brauhauses anscheinend aus dem Häuschen. Die Forderungen waren ihr unterbreitet; sie ließ die Arbeiter aber doch auf das Bureau rufen und deren Wünsche noch einmal unterschriftlich protokollieren. Allerdings erklärten die Leute, überhaupt nicht zu wissen, was unterschrieben worden sei; es wäre ihnen immer nur gesagt worden, dieser und jener habe schon unterschrieben. Den Vertrauensmann, der sich weigerte, zu unterschreiben, entließ man kurzerhand und nimmt zum Vorwand, der Mann sei am Himmelfahrtstage nicht zur Arbeit erschienen. Dabei hat man alle übrigen Arbeiter in Kenntnis gebracht, daß am Himmelfahrtstage gearbeitet würde, nur den Vertrauensmann nicht. Als der Organisationsvertreter erschien, um über diese Regelung und die eingereichten Forderungen Verhandlungen anzubahnken, verlangte die Firma von der Polizei Schutz und Hilfe. Zu welchem Zweck, ist uns allerdings unverständlich. Die Verhandlungen fanden jedoch statt, trotzdem drei Schulseile im Brauereihof posiert waren. Die Polizeiposten standen selbst am Montag morgen noch.

Bei den Verhandlungen hat es Herr Nitsch immer vorgezogen, fortzubleiben und den Braumeister vorzuwählen, der dann den Organisationsvertretern erklären mußte, daß die Entlassung nicht zurückgenommen werde und auch über die eingereichten Forderungen nicht zu reden sei; denn durch die Unterschrift der Leute sei ja die Sache erledigt. Wenn allerdings das Brauhaus Kreuznach glaubt, damit die berichtigten Forderungen abtun zu können und die rüdständigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch noch weiterhin beizubehalten, so irren sich die Herren. Die Wochenlöhne betragen, abgesehen von einzelnen Fällen, nicht über 20 Mark. Daß damit in dem teuren Badeort Kreuznach eine Familie nicht bestehen kann, liegt klar auf der Hand. Zu den miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnissen im Brauhaus Kreuznach und zu dem organisationsfeindlichen Gebarren des Herrn Nitsch wird in den nächsten Tagen eine öffentliche Verhandlung Stellung nehmen.

Die Brauerei Heljeneller, Inhaber Herr Wallauer, ist den Forderungen der Arbeiter wenigstens zum Teil gerecht geworden. Nachdem die Forderungen eingereicht waren, hat Herr Wallauer sofort die Löhne um 1,2 und 3 M. erhöht, die Arbeitszeit auf 10 Stunden reduziert, die Sonntagsarbeit so geregelt, daß ein Sonntag frei und von anderen drei Stunden geurbnet wird und Überstunden mit 50 Pf. vergütet werden. Allerdings zu einem Tarifabschluß will sich Herr Wallauer auch nicht herbeilassen; doch will er den Arbeitern zeigen, ihrer Organisation angehörigkeit eine Schwierigkeit machen.

Bringt das, was Herr Wallauer zugesandt hat, auch nicht alles, was die Arbeiter erwartet hatten und was in der jetzigen Zeit auf zum Lebensunterhalt notwendig ist, so hat er doch wenigstens den guten Willen gezeigt, den Verhältnissen gerecht zu werden. Bei der Betriebsleitung des Brauhauses Kreuznach fehlt das aber vollständig. Es ist darum nun erst recht Aufgabe der Kreuznacher Brauereiarbeiter, auch weiterhin fest zur Organisation zu halten; dann wird auch die Lohnbewegung, die leider ja die erste in der Kreuznacher Brauindustrie ist, ihren im Sinne der Arbeiter günstigen Abschluß finden.

Zugang nach Kreuznach ist deshalb fernzuhalten.

† Luxemburg. Der Kontakt mit der Brauerei Seni-Tunz hat, da jetzt seines dieser Firma die letzten organisierten Arbeiter ausgetragen wurden, noch stärkere Formen angenommen. Die Arbeiterchaft des ganzen Landes bei den Kontakt noch das Bründl der Brauerei verbündet. Zu einem Abschluß wurde nie jedoch die Firma an die Oeffentlichkeit mit dem Vertrag, das Kampffeld zu verbünden. Nur wenige zugehörige Brauereien, welche es dorthin, setzen die Vertragsdifferenzen, während der größte Teil des Regionals auf keinen Fall der Firma sei. Allerdings ist zu tun, daß ein Teil der Luxemburger Arbeiter für diese eine kleine Lohnverhöhung bat, blenden lassen und nur den erstaunlichen Wert finden, die ursozialistischen eigenen Forderungen zu verlegen. Dieses Manöver ist aber zu karikaturhaft und bei sei der Arbeiterschaft nicht im mindesten verstanden. Am Begenten, nachdem zu dem Kampf um die Anerkennung des Tarifvertrages folgte, erläutren wir selbst in Budgetteilen Summarium.

Zugang ist vor wie nach Kreuznach fernzuhalten!

† Reichenburg. Streit und Tarifvertrag. Mit den beiden hierigen Brauereien wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, in einer der selben nach achtständigem Streit. Bericht folgt.

† Reidebach. Tarifvertrag. Die Lohnbewegung ist nun mit dem Abschluß eines Tarifvertrages beendet. Bericht folgt.

† Schweinfurt. Tarifvertrag. Die Lohnbewegung in Schweinfurt ist mit dem Abschluß eines Tarifvertrages be-

endet. Die Lohnverhöhung beträgt 1 M. und eine weitere Steigerung um 50 Pf. Die Arbeitszeit beträgt 9½ Stunden ab 1. Oktober bei 12 stündiger Frühschwanzzeit. Die unbegleitete Sonntagsarbeit ist abgeschafft.

† Stade. Streit und Tarifvertrag. Die Lohnbewegung der Brauereiarbeiter mit den Brauereien Bergisch-Schlesien und Höhne zu Stade hat nur mit der Unterzeichnung des für drei Jahre geltenden Tarifvertrages ihren endgültigen Abschluß gefunden, die in mancher Hinsicht lehrreich ist. Aus Brinzip wollte die Bergisch-Schlesische Brauerei auch für die künftigen Jahre die zehnjährige Arbeitszeit noch weiter beibehalten und war, schon allein um diesen abstraten Standpunkt zu brechen, der Kampf nicht mehr zu umgehen. Es blieben aber auch alle Versuche der Brauereileitung, die kämpfenden zu entzweit, erfolglos, obwohl mittels polizeilicher Begleitung fünf Männer aus der Gethsemae nach der Brauerei dirigiert wurden. Mit solchen Leuten konnte die Brauerei absolut nichts anfangen, weshalb sie auch nach einigen Stunden bereits wieder abzog. So mußte die Direktion immer mehr einsehen, daß den Anforderungen der Arbeiter, die Arbeitszeit zu verkürzen und ausreichende Lohnzulagen zu geben, nicht mehr auszuweichen war, weshalb sie sich zu weiteren Verhandlungen bereit erklärte, die dann eine Einigung ergaben und die Arbeit nach dreitägigem Streit wieder geschlossen aufgenommen werden konnte. Erreicht wurde dabei eine Arbeitszeitverkürzung von täglich ½ Stunde und eine Lohnverhöhung von sofort 1 M. und ab 1. Oktober d. J. eine weitere Mark. Eine Verhöhung tritt auch insofern ein, daß die Höchtlöhne bereits nach 1½ bis 2 Jahren erreicht werden, bisher erst nach drei bis vier Jahren. Auch sonstige Kleinere Verbesserungen treten noch ein.

Unsere Kollegen haben auch aus dem Kampfe gelernt und werden noch mehr wie bisher zu ihrer Organisation halten.

Zu bemerken ist noch, daß die gleichen Verbesserungen auch bei der Brauerei Höhne erreicht wurden, und zwar ohne Kampf.

† Berden a. Aler. Tarifvertrag. Ein Tarifabschluß wurde mit der Brauerei Wiederhold vereinbart, wobei die Arbeitszeit für vier Monate um eine halbe Stunde pro Tag verkürzt und die Wochenlöhne um 1,50 M. bis 2 M. erhöht wurden. Ebenso erhöhen sich die Entlohnungssätze für Überstunden und Sonntagsarbeiten um je 5 Pf. die Stunde. Der Urlaub wurde um zwei Tage verlängert und auf 3 bis 6 Tage festgesetzt. Der Tarifvertrag hat für drei Jahre Gültigkeit.

† Burgen. Streit und Tarifvertrag. Nach dreitägigem Streit wurde ein neuer Tarifvertrag vereinbart. Die Arbeitszeit wurde um eine halbe Stunde täglich verkürzt, die Lohnzulage beträgt sofort 1 M. pro Woche; dazu kommen zweimal Steigerungen um 50 Pf. in je einem Jahr.

Malzfabriken.

Kulmbach. Er spottet seiner selbst und weiß nicht wie. nämlich der Betriebsleiter einer in der Nähe Kulmbachs befindlichen Malzfabrik. Der Mann hatte den Mut, vor den versammelten Arbeitern unter Anwesenheit des Besitzers zu äußern: „Wenn ich es so weit habe, Kartoffeln und Salz fr...en zu können, dann tu... ich es zumal um die Kirche herum.“ Wir haben zwar nichts dagegen, wenn der Mann reich ist um die Kirche herumzurichten, aber daß er nicht mit Kartoffeln und Salz vorlieb nehmen braucht, beweist die Tatsache, daß er in der Lage ist, jährlich zwei Schweine zu schlachten und außerdem noch Geflügel kosten zu können. Auf jeden Fall sind solche Neuerungen, die selbst dem Besitzer zu weinen gehen, nur dazu angelegt, sich beim Unternachbar ins schöne Licht zu stellen. Über soll es ein Ausflug von Wut sein, daß die Arbeiter den Wert der Organisation zu erkennen gelernt haben! Daß der Mann nicht mehr nach Süderan idealen und wahren kann wie er will, dafür wird die Organisation Sorge tragen. Aber daß derselbe auch reif wäre, nach Ostelbien verpflanzt zu werden, geht aus der Beurteilung hervor: „Nach den Böhnen, die wir zaubern, dürfen das Pfund Fleisch zwei Mark kosten.“ Wenn man in der Lage ist, zwei Schweine zu schlachten, einen Hühnerhof zu bebauen und ein anständiges Gehalt zu bezahlen, dann wird man nicht von Nahrungsangeboten gedrückt. In jöch einer sündigen Zone befinden sich aber die Arbeiter nicht. Der Mann hat nach wenigstens ein Zeugnis ausgestellt, nach welchem der Grundbesitz: „Leben und leben lassen“ keine Gültung hat.

Die Biernielerlagen, Seltersfabriken.

† Rödel. Streit. Wegen vollständiger Ablehnung der geäußerten Forderungen haben die Arbeiter und Käufcher bei der Biergroßhandlung Matz Mohr am Freitag die Arbeit niedergelegt. Ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren zweifelsfrei mit die schlechtesten am Ort. Die Arbeitszeit dauerte täglich 11½ Stunden, für die Käufcher oft noch länger. Überstunden wurden zwar gemacht, aber nicht bezahlt. Zu diesen täglich 11½ Stunden kommen noch vier Stunden Sonntagsarbeit, die ebenfalls nicht besonders vergütet wurden. Nur jeden fünften Sonntag hatten die Kollegen ganz frei. Für drei monatlich 13 Arbeitsstunden erhielten die Leute einen Wochenlohn von 20 M., für die Stunde noch mal ganz 28 Pfennig. Nachdem trotz zweimaliger Verhandlung zwischen dem Betriebsleiter, Kollegen Lutz, nicht die geringsten Verbesserungen zugegangen waren, sondern liebens der Betriebsleiter der Forderungen „fliegen“ zu lassen, legten die Kollegen die Arbeit nieder. Zugang ist fernzuhalten.

Biernielerlagen, Seltersfabriken.

† Rödel. Streit. Wegen vollständiger Ablehnung der geäußerten Forderungen haben die Arbeiter und Käufcher bei der Biergroßhandlung Matz Mohr am Freitag die Arbeit niedergelegt. Ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren zweifelsfrei mit die schlechtesten am Ort. Die Arbeitszeit dauerte täglich 11½ Stunden, für die Käufcher oft noch länger. Überstunden wurden zwar gemacht, aber nicht bezahlt. Zu diesen täglich 11½ Stunden kommen noch vier Stunden Sonntagsarbeit, die ebenfalls nicht besonders vergütet wurden. Nur jeden fünften Sonntag hatten die Kollegen ganz frei. Für drei monatlich 13 Arbeitsstunden erhielten die Leute einen Wochenlohn von 20 M., für die Stunde noch mal ganz 28 Pfennig. Nachdem trotz zweimaliger Verhandlung zwischen dem Betriebsleiter, Kollegen Lutz, nicht die geringsten Verbesserungen zugegangen waren, sondern liebens der Betriebsleiter der Forderungen „fliegen“ zu lassen, legten die Kollegen die Arbeit nieder. Zugang ist fernzuhalten.

Brennereien und Getreifabriken.

† Bielefeld-Lippstadt. Die Lohnverhöhung bei der Brennerei Lippstadt wurde am 10. April beendet. Das Ergebnis ist folgendes. Die Lohns aller Arbeiter wurden pro Woche um eine Mark erhöht, die der Käufcher um 50 Pf. Es werden Wochenlohn bezahlt, gegenüber den bisherigen Tagessätzen müssen werden also die in die Woche fallenden Feiertage am Wochenlohn statt getilgt. Die Überstundenfälle wurden um 5 Pf. pro Stunde erhöht. In Kreuzkirchens wird vom 1. bis 18. Mai für die Dienstzeit zwischen Lohn und Dienstgehalt bezahlt. Bei militärischen Übungen wird auf die Dauer von 14 Tagen pro

Tag 1 Mr. gezahlt. Urlaub wird nach 3 Jahren 2 Tage ohne Lehnabzug gewährt. Außer bezug auf Urlaub wird die Tätigkeit im Betrieb rückwärts angerechnet, so daß nahezu alle Arbeiter jetzt schon in den Genuss des Urlaubs kommen. Der Verband verpflichtet sich demgegenüber, innerhalb eines Jahres keine neuen Forderungen zu stellen. Alles in allem betrachtet, stellt das Ergebnis, trotzdem es mager ist, immerhin einen Fortschritt dar. Die Verhandlungen wurden mit dem Rechtsanwalt Schmidt-Bielefeld, dem Beauftragten der Firma geführt. Derselbe betonte von vornherein, einen Tarifvertrag schließen wir nicht ab, dazu liegt keine Urkunde vor. Zumal ja Tarifabschlüsse im Brennereigewerbe noch sehr wenige zu verzeichnen sind. Aber auch die Organisationsverhältnisse im Brennereigewerbe seien noch nicht so stark, um sie zu veranlassen, einen Tarifvertrag abzuschließen. Also hier bringt der Vertreter des Unternehmers selbst zum Ausdruck, daß Tarifabschlüsse eine Machfrage darstellen, die sich bezüglich ihres Inhaltes nach der Stärke der Organisation richten. Wenn die Brennereiarbeiter den Wink, den ihnen hier Rechtsanwalt Schmidt gegeben hat, befolgen wollen, so wird es nicht lange mehr dauern, und auch im Brennereigewerbe werden Tarifverträge in weit größerem Maßstabe abgeschlossen werden wie bisher. Dazu gehört aber eine gute Organisation. Die Kollegen müssen also dafür sorgen, daß der letzte Brennereiarbeiter sich dem Verband anschließt. Durch die Vereinbarung ist die Grundlage zu einem Tarifvertrag geschaffen. Deshalb, Kollegen, muß die Zeit aus, wie schnell ist ein Jahr verflossen, dann werden wir erneut vor der Sache, soll wieder eine Vereinbarung getroffen werden, oder sind wir mittlerweile so stark geworden, daß wir einen Tarifvertrag ertragen können. Also, ihr Kollegen von Lippstadt und auch an anderen Orten, hinein in den Verband, möcht ihr eure wirtschaftlichen Interessen wahren, ja dann dies nur durch ein geschlossenes Ganzen geheben. Legt doch endlich einmal die Scham und Furcht ab, die ihr in bezug auf örtliche Gewerbe habt. Diese sorgen nicht für eure wirtschaftliche Verbesserung, ja das Gegenteil ist der Fall, sie treiben euch noch hindernd in den Weg durch ihre Unwürdigkeit, weil sie euch Schwierigkeiten bereiten wollen, wenn ihr euch gewerkschaftlich organisiert. Kollegen, die Sohn ist frei, durch die Vereinbarung ist die Organisation als Vertreterin eurer Interessen anerkannt; treten nun alle Kollegen dem Verband bei, so bringt uns die nächste Lohnbewegung den Tarifvertrag.

Bielefeld-Steinhagen. Zur Lohnbewegung in der Brennerei H. C. König in Steinhagen. Am 16. Januar 1913 reichten wir einen Tarifentwurf ein, ließen aber ohne jegliche Nachricht darauf. Als die Vertreter der Arbeiter verhandlten, persönlich mit dem Inhaber der Firma eine Aussprache herbeizuführen, wurden sie abgewiesen. Auch den Bemühungen des Bielefelder Gewerkschaftsbundes gelang es nicht, eine Verbindung mit der Firma zu bekommen. Als wir ja alles versucht hatten, eine friedliche Verhandlung herbeizuführen, dieser Versuch aber ohne Erfolg blieb, war es klar, daß wir zunächst einmal dazu übergingen, die Angelegenheit in der Presse fristig zu befreuen. Diese Amtshand hat offenbar eine sehr gute Wirkung ausgeübt, denn als die Vertreter der Arbeiter befreit Entlassung zweier unserer Kollegen wiederum vorzeitig wurden, da wurden sie an den Rechtsanwalt Schmidt in Bielefeld verwiesen, diejemal die Angelegenheit zwecks Erledigung übertragen. Das Ergebnis weiterer Verhandlungen ist folgende protokollarische Vereinbarung:

Bielefeld, den 3. Mai 1913.

Rechtsanwalt Schmidt in Bielefeld erklärt namens der Firma H. C. König in Steinhagen.

Die Entlassung der beiden Arbeiter Seemöller und Schmidbord ist nicht wegen ihrer Verbandszugehörigkeit erfolgt. Die Firma verpflichtet sich, bei Neubedarf von Arbeitsträgern diese beiden Arbeiter als erste einzupassen.

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter erkennt demgemäß an, daß eine Regelregelung nicht stattgefunden hat.

Auf Grund der von der Firma H. C. König eingeführten Lohnverhöhung erklärt der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter die gegenwärtige Lohnbewegung als breiter und verpflichtet sich, im laufenden Jahre weitere Forderungen zu stellen und dafür Sorge zu tragen, daß alle aus Anlaß der Lohnbewegung gegen die Firma H. C. König unternommenen Maßnahmen in volkser Serie ausgehoben werden.

ges. Schmidt, Hoffmann, Willi, Brülling, Mr. Supper.

Herr Rechtsanwalt Schmidt war von vornherein bestrebt, das erwähnte Bort Tarifvertrag zu vermeiden, ja, er lehnte zunächst jede Form, die einer Vereinbarung ähnlich ist, ab. Tarifvertrag machen wir nicht, erklärte er freigiebig. Unser Genosse, Redakteur Hoffmann, der den Verhandlungen beinholt, war es dann, der einen Vorschlag machte, auf dessen Grundlage nach mehrmaligen Verhandlungen eine Vereinbarung zu schließen kam. Aber selbst in dieser Vereinbarung wird noch vorsichtig vermieden, den Anschein aufzutragen, als hätten wir durch sie immerhin einen guten Fortschritt zu verzeichnen. So wird heiweisweise nur vor einer eingehörigen Lohnverhöhung geworben. Diese Lohnverhöhung beträgt 10 Proz., also kann zwingend gezeigt werden, daß die Steinhagener Brennereiarbeiter und diesem Erfolg zumindest zuvielen sein können. Dagegenüber verpflichtet sich der Verband, im laufenden Jahr in seine Lohnbewegung mehr einzutreten. Wirken nun die Steinhagener Brennereiarbeiter diese Frist genügend aus und zeigen dafür, daß auch der letzte Brennereiarbeiter nach der Organisation erreichbar ist, so wird diese Vereinbarung, was des Herrn Rechtsanwalts Schmidt und ohne zu großen Urtreiten zu räumen, die Forderung zu einem Tarifvertrag sein. Der Beweis ist jedenfalls wiederum erbracht, daß jedoch nicht die Arbeiter organisiert, ne auch auf ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen benachrichtigt einwirken können. Der Erfolg wird sich über den jeweiligen Organisationsverhältnissen abspielen, je weiter die Organisation in den Betrieben vertreten ist, je vorzülicher werden für die Arbeiter die Lohnbewegungen ausfallen. Die Brennereiarbeiter von Steinhagen mögen sich dies endlich merken. Die Brennereiarbeiter der Firma König haben das Signal gegeben, konsequent folgen mußten auch die Brennereiarbeiter der übrigen bestreiten Brennereien vom Bort und schließen sich dem Verband an. Es wird dann die Zeit,

nicht mehr fern sein, wo alle Brennereiarbeiter in Steinhagen unter annehmbaren Tarifverträgen arbeiten werden.

In bezug auf die getroffene Vereinbarung bezüglich der Wiedereinstellung unserer vielen Kollegen erwarten wir von der Firma, daß sie die Einstellung lohnärmeise baldmöglichst anordnet. Dadurch wird sie jedes Misstrauen, das eventuell bei dem einen oder anderen noch bestehen könnte, beseitigen, was ihr nur zum Vorteil gereichen kann.

Mühlen.

Berlin. Die Mühlenarbeiter nahmen in der Versammlung am Sonntag, den 4. Mai, die Antwort des Arbeitgeberverbandes auf die Eingabe der Arbeiterorganisation entgegen. In einem Schreiben an den Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter teilte der Unternehmerverband der Mühlenindustrie im Auftrage der ihm angehörenden Mühlen mit, daß diese in allen Fragen, welche das Arbeitsverhältnis betreffen, nach wie vor in ihrem eigenen Interesse vertreten zu verhandeln wünschen.

In der Diskussion äußerten alle Redner ihre Einschätzung über diese Antwort. Es wurde erklärt, daß dieses Verhalten weiter nichts als eine Verhälterungstatik darstelle. Man habe lange genug gewartet, jetzt heiße es handeln. Die meisten Redner verlangten, daß am Montagmorgen die Arbeit niedergelegt werden müsse, die Unternehmer hätten lange genug Zeit gehabt, eine Entscheidung zu treffen. Bei den jetzt gezählten Löhnen könne kein Arbeiter seine Familie ernähren, das habe ein Unternehmer selbst zugegeben. Die Versammlung erteilte der Verbandsleitung den Auftrag, den Arbeitgebern mitzuteilen, daß die Arbeiter es ablehnen, Verhandlungen mit den Unternehmern zu pflegen, die Aufgabe vielmehr ihrer Verbandsleitung übertragen.

Berlin. Streit. Am Donnerstag, den 8. Mai, legte das gesamte Personal der Schüttmühle und Werkstatt am Campimühle A.-G. (Werktheim am Mühlle) die Arbeit nieder, weil die Unternehmer es ablehnten, mit den Organisationsvertretern über die eingereichten Forderungen zu verhandeln. Zugang ist es zu gestern zu erhalten.

Mit der Firma am Mühlle, die wie die vorstehenden Firmen dem Arbeitgeberverband angehört, wurde ein vorzühafter Tarifvertrag auf zweijährige Dauer abgeschlossen.

Korrespondenzen.

Leipzig. Die Quartalsabrechnung, welche in der am 26. April stattfindenden Versammlung gegeben wurde, schließt ab mit einer Einnahme von 5041,45 M., und einer Ausgabe von 3211,07 M., so daß an die Hauptkasse 1628,38 M. abgeschickt werden können. Die Ausgaben für Krankenunterstützung sind auf 1273,— M. gestiegen, im letzten Quartal war dieser Posten nur halb so hoch.

Wie rege die jüngste Tätigkeit war, erichtet man aus der Anzahl der Betriebsversammlungen und der 30 Verhandlungen mit den Unternehmern, welche sich nötig machen. Genannt seien die Verhandlungen mit der Brauerei Raumann. Dort galt es, eine Entlastung rückgängig zu machen. Der betreffende Kollege wurde von seinem Vorzeigekollegen, dem Flaschenfellermeister, beschuldigt, eine Flasche Malzbier getrunken zu haben, worauf die Entlastung erfolgte. Die Untersuchung dieser Angelegenheit unerreichbar erzielte, daß der Flaschenfellermeister verantwortlich war. Die Flaschenfellerarbeiter verlangten neben der Wiedereinstellung ihres Kollegen auch die Amtsenthebung des Flaschenfellermeisters. Dass verzichteten schließlich die in Betracht kommenden Kollegen auf letztere Forderung, so daß die Angelegenheit Friedlich geregelt wurde. Auf andere Gedanken kommt man auch durch die Verweigerung einer Zulage für einen Posten, der bis jetzt mit einer Matz über Lohnlohn bezahlt wurde.

Zu erwähnen ist noch der Tarifabschluß mit der Firma Bösl in Lindenau. Es wurde Lohnverhöhung von im Durchschnitt 2 M. und eine Arbeitszeitverkürzung von täglich einer halben Stunde erzielt.

Die Flaschenfeller brachten zahlreiche Beschwerden wegen der Erhebung von Flaschenlohn zur Sprache; sie wünschten eine gänzliche Beleidigung derselben, weil jetzt dadurch, daß einige Brauereien kein Flaschenlohn erheben, die Konsumenten der anderen Brauereien die Benachteiligten sind.

Ein Ausflugsvertrag, welcher sich gegen den Flaschenfellermeister der Brauerei C. E. Raumann richtete, wird dadurch hinfällig, indem der Betreffende seinen Austritt erklärt hat.

Döbbersleben. Das Schmerzenstud für die hiesige Zahnärzte sind und bleiben die Mälzerien. Seit Anfang des Tarifes anfangs d. J. haben die Kollegen der Kollegen dieser Betriebe noch nicht aufgehört. Das es zuerst nur die Firma L. Börrmann, wo welche immer laut wurden, ist in letzter Zeit auch bei der Firma H. Böttmann der Fall. Da es scheint so, als ob letztere an der Spitze marodieren will. An diesem Bertrieb beschäftigt man Leute, welche ganz klar nachgewiesen ist, daß sie die Firma befahlen haben; ebenso solche, welche durch Trunkenheit nicht imstande sind, ihre Arbeit zu versehen. Dies alles hat nichts zu sagen, wenn sie nicht dem Verband angehören. Ja, man läßt es ruhig geschehen, wenn einer dieser Leute vom Meister im Konkurrenz wegen Trunkenheit zur Rede gestellt, zu ihm sagt: Sie sind gewiß betrunken gewesen. Letzteres noch dazu in Gegenwart des Betriebs selbst, der noch dazu bestreitet ist. Dies kostet denn doch viel Blut. Wir aber werden uns als diese Künste wohl merken und zu gegebener Zeit davon erinnern. Bei der Firma L. Börrmann ist es hauptsächlich der Malzmeister, welcher in bezug von Treibholz hervorragendes zu leisten verfügt. Nach diesem Herren werden wir uns zu passender Zeit in Erinnerung bringen. Kollegen der Mälzerien, nach alledem ist es Eure Pflicht, fest und trennungsfrei zusammen zu halten. Ihr braucht Euch von denen, die zum Unternehmer halten müssen, nicht beirren zu lassen.

Den Kollegen der Brauerei feien hierbei gleichzeitig ein paar Worte gewidmet. Auch bei ihnen scheint der Winterlohn eingetreten zu sein. Denn bei allen Betriebsverhandlungen der eigenen sowie anderer Gewerfschaften steht man immer nur einen Bruchteil der Kollegen. Das ist die Sache nicht richtig. Im nächsten Jahre sollen auch diese Tarife ab. Da müssen wir denn auf die Unterstützung der ge-

samten Arbeiterschaft rechnen, wie in mir etwas erzielen wollen. Tut also das gleiche.

Regensburg. Unsere Mitgliederversammlung am 30. April war nicht so besucht, wie man es erwarten sollte. Die Kollegen der Feuerbräuerei scheinen es nicht notwendig zu haben, in die Versammlung zu kommen. Die Bewegung ist zu Ende, jetzt haben sie Sonntagsruhe, jetzt kann man ja in einem anderen Vergnügungsverein eine Rolle spielen und man braucht doch nicht mehr in eine Verbandsversammlung gehen. Wenn man aber entlassen ist oder wird, da führt sich nicht der Vergnügungsverein, sondern die Gewerkschaft. — Die Abrechnung vom 1. Quartal ergibt Einnahme 1379,20 M., Ausgabe 637,57 M., an die Hauptkasse gesetzt 786,43 M. Von den Einnahmen entfallen 33,55 M. auf die auswärtigen Mitglieder. Die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung am Ort Regensburg betrug 338,60 M. Die Lokalkasse hatte bei 169,05 M. Einnahme und 287,80 M. Ausgabe einen Bestand von 1925,13 M. Beim Kassenbericht monierte Kollege Wagner, worum der Kassierer die Bücher mitgenommen hat. Kollege Pellofot (Revisor) erklärte, daß er mitrevidiert habe und alles in besserer Ordnung vorgefunden habe. Gauleiter Schrembs erklärte, daß gerade der neue Kassierer eine peinliche Ordnung gewohnt ist und man es nur begreifen kann, wenn der Kassierer so weiter arbeitet. Es ist ihm unbegreiflich, warum immer die ewige Rögelei und Klägererei ist. Es wäre viel besser, unjene Kollegen würden sich mehr mit dem Ernst der Sache beschäftigen und besser die Versammlungen besuchen, dann würden sie sich einander mehr kennen lernen und solche Käfigereien, wie die des Kollegen Wagner, „er kennt den Revisor Pellofot nicht“, wären überflüssig. Kollege Wanckel sagt, daß einige Kollegen den Vorständen unmöglich machen wollen. Bei jeder Gelegenheit schimpft man über denselben los und einige seiner Mitarbeiter sagen, wenn er nicht mehr in der Brauerei wäre, hätten sie Ruhe. Weil ihm von der Brauerei in seiner Funktion als Vorsteher nicht das geringste in den Weg gelegt werde, treiben es seine eigenen Kollegen so, daß er am liebsten gehen möchte. Die Versammlung war erfreut über eine solche Handlung und Kollege Schrembs erklärte, daß Wanckel immer noch seine Pflicht erfüllt habe und in seiner freien Zeit sich sehr viel um die Interessen der Arbeiter bemüht habe, was vielleicht ein anderer nicht tun würde und könnte, und wenn heute ein solcher Kritiker diese Arbeiten machen müßte, derselbe bald fürsorgt wäre. Die Versammlung wurde sich einig, daß in einer Betriebsbesprechung die Sache eingehend behandelt werden soll und wenn dann die Kollegen sich nicht einigen können, wird eine Schiedsgerichtskommission versuchen, den Kollegen klarzumachen, daß vor allem die Kollegen auch noch andere Verpflichtungen haben in der Organisation als nur zu trifft, zumindest wenn man von den Arbeiterversammlungen demonstrativ wegbleibt und selbst noch über seinen eigenen Verband schimpft.

Biersfahrer.

Frankenthal. Der „Courier“ Nr. 18 wiederholt den Schwindel aus Nr. 14 bezügl. der Vorgänge in der Brauerei Meissner trotz unserer wahrheitsgemäßen Darstellung der Sachlage in Nr. 16 der „Verbands-Zeitung“. Bisher haben wir weiter nichts dazu zu sagen, als daß die Wiederholung der Unwahrheit wiederlich Schwindel ist, sofern diese wieder von dem Berichterstatter ausgeht; der „Courier“-Redaktion selbst wären ja in diesem Falle müdernde Umstände zugestanden.

Rundschau.

Aus der Brauindustrie.

Herr Braumeister Diez. Brauerei Mahn u. Ohlerid in Roßdorf, so wird uns von Leidtragenden geschrieben, verbraucht eine unmenschlich große Zahl Brauführer und Kellermänner, in den letzten fünf Jahren nicht weniger wie 4 Brauführer und 7 Kellermänner ist. Das sind Vorcommis, die nicht auf gesunde Zustände schließen lassen. Meistens sind es verheiratete Leute, die oft von sehr entfernten Orten kommen, dazu aus guter Stellung. Nach einem Durchchnittsjahr liegt dann der Betreffende auf die Straße und Herr Diez bekommt neue Kräfte, denen dann das gleiche passiert. Schuld daran sind, wie uns versichert wird, Zuträgereien von gewisser Seite, die kurze Zeit darauf einsetzen, wenn wieder eine neue Kraft da ist, und die von Herrn Diez ungeprüft angenommen werden.

Das ist ein Zustand, der längst befeitigt werden und in einem solchen Geschäft, wie in der Brauerei Mahn u. Ohlerid, am allerwenigsten möglich sein sollte.

Der Thüringer Brauerverein hält seinen 111. Vereinstag am 26. und 27. April in Jena ab. Aus dem Geschäftsbericht erfahren wir, daß dem Verein zurzeit 178 ordentliche Mitglieder angehören. Aus dem Verhandlungsbericht ist knapp et in der „Allgemeinen Braumeisterzeitung“, Nr. 18 wiedergegeben ist, erfahren wir mancherlei interessante.

Wie üblich, fand auch wieder Freisprechung der zur Prüfung angemeldeten Lehrlinge statt. Der Bericht sagt darüber:

„Der Prüfungsleiter, Herr Direktor Höhlmann-Schmidtsdorf, richtete ermahnende Worte an dieselben und bemerkte, daß die Prüfung nur bei einigen vorzüglich, bei der Mehlzähler bestreitet man angelebt hat ausgetragen sei. Die Herren Lehrmeister möchten doch ihren Lehrlingen mehr Gelegenheit zur Ausbildung geben und sich ihrer mehr annehmen. Die theoretische Prüfung ergab, daß einzelnen der Lehrlinge noch nicht die Verwendung eines Thermometers und Sackhämometers bekannt war.“

Bei diesen jungen Leuten wurde also zweifellos in der Hauptzähler auf die Leistung der mechanischen Arbeit geachtet, das Lernsache war, weil das für den jeweiligen Unternehmer keinen positiven Wert hat. Es ist ja auch schon vorgekommen, daß ein „Lehrmeister“ gar nicht vorhanden war, und wo ein solcher vorhanden ist, soll der Lehrling einen Arbeiter erlernen; da bleibt eben keine Zeit zum Lernen bei der in solchen Betrieben auch zumeist noch langen und unregelmäßigen Arbeitszeit, oder es müssen die übrigen Nachtstunden dazu verwendet werden. Hat der Lehrling dann „ausgelernt“, dann muß er den

Geschäft verlassen und sehen wo er bleibt und ein anderer tritt an seine Stelle unter den gleichen Verhältnissen. Und es gibt gewissenlose Unternehmer und auch „Lehrmeister“, die diese Praxis fortlaufend üben.

Auf der Tagung sprach auch Herr Dr. Weltzschuh, Berlin, Direktor des Deutschen Brauerbundes, der zum Kontakt in den Brauerbund aufforderte, er wurde unterstützt von Herrn Director Starcke-Groß, und nach ihnen sprach Herr Wiedemar-Greiz. Darüber sagt der Bericht folgendes:

Herr Wiedemar-Greiz hilkerte die Notlage der Brauerei in der Tariffrage und forderte die Mitglieder auf, dass die Verträge in eingerichtet werden sollen, doch sie alle gleichzeitig mit dem Jahre 1916 ablaufen, in welchem Jahre dann der Deutsche Brauerbund die Tariffrage regeln wird. Er betonte aber, dass dies nur möglich ist, wenn sich alle Brauereibesitzer dem Brauerbund anschließen.

Über der „Notlage der Brauerei in der Tariffrage“ vertrieb Herr Wiedemar zweifellos die Sicht, dass die Brauereiarbeiter Thüringens es verstanden haben, trotz ihrer Organisation für bessere Vergütung zu erläutern. Dieser „Notlage“ der Brauerei will er ebenso zweifellos abholen durch die von ihm vorbereiteten Maßnahmen und den Beitritt aller Brauerbünde zum Deutschen Brauerbund. Die Kollegen in Thüringen mögen sich dieses ja einprägen und dafür sorgen, dass der geschlossenen Unternehmertorganisation auch eine gleicherweise geschlossene Organisation der Brauereiarbeiter gegenübersteht, damit sie zu jeder Zeit und in jedem Falle ihre Interessen auf das nachdrücklichste wahrnehmen können.

Aus der Mühlenindustrie.

Die Großmühle von Julius Gottschall in Strelitz wurde in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Aktionäre sind eine Anzahl Mannheimer Großmühlen und die hinter ihnen stehenden Banken. Auch die Ludwigshafener Walzmühle ist mit 300 000 M. beteiligt. — Die Riemöllerische Großmühle in Dortmund dürfte von der Nöttingmühlen-Aktiengesellschaft in Duisburg übernommen werden.

Aus dem Betrieb.

Schadenshaftung des Fuhrherrn und des Aufsichters. Bei einem anderen zu einer Verurteilung befiehlt, ist nach § 231 des Bürgerlichen Gesetzbuches zum Erlass des Schadens verpflichtet, den der andere in Ausführung der Verurteilung dem Dritten widerrechtlich zufügt. Er kann sich aber von seiner Erfahrung durch den Nachweis befreien, dass er bei der Auswahl der bestellten Person die im Vertrage erforderliche Sorgfalt beobachtet hat. Hat der Geschäftsführer bei der Anstellung der Schiffen sich keine genügende Kenntnis über dessen Beschäftigung zu den im Falle kommenden Arbeiten verschafft, so ist es seine Pflicht, den Untergestellten bei den Dienstverrichtungen zu kontrollieren und sich auf diese Weise von dessen Zuverlässigkeit zu überzeugen. Dieser Grundsatz wird in dem nachstehend mitgeteilten Rechtsstreit aufgestellt.

Am 29. November 1909 hielten der Aufsichtsr. A. und sein Bruder mit einem schwer beladenen zweispännigen Fuhrwerk, dem ein drittes Pferd vorgespannt war, auf der rechten Seite einer Straße in Duisburg. Während sie mit dem Vorstrangen des Vorspannpferdes beschäftigt waren, kam der Fußmann B. mit einem einspännigen Karren entgegen. Er wollte links an dem haltenden Fuhrwerk in dem engen Zwischenraum zwischen diesem und dem Fußweg vorbei. Hierbei wurde der Fußmann A. von dem Einwirken erfasst und ihm ein Fuß überfahren. B. ist wegen einer lädiiger Körperverletzung mit 30 M. Geldstrafe bestraft worden. Nunmehr verlangt A. sowohl von B. als auch von dessen Dienstherrn, dem Fuhrwerksbesitzer B. in Duisburg. Schadensersatz.

Landgericht Duisburg und Oberlandesgericht Düsseldorf haben beide Beklagte zur Verjährungszeit des Schadens verurteilt. Ihnen Entscheidungsgrund führt das Oberlandesgericht aus: Der Beklagte B. hat die Körperverletzung des Flügelschulzen verursacht, da er der Polizeivorschrift zuwider auf der falschen Straßenseite an dem haltenden Wagen vorbeifahren wollte. Er ist deshalb dem Kläger zum Schadensersatz verpflichtet. Aber auch sein Dienstherr, der Beklagte B., haftet für den Schaden nach § 831 BGB. Den Nachweis, dass er bei der Auswahl des B. zu der fraglichen Verrichtung die im Vertrage erforderliche Sorgfalt beobachtet habe, hat er nicht erbracht. Da B. aber, ob B. die von einem Aufsichtsr. verlangenden Eigenschaften beobachtet, bei dessen Anstellung nicht vorhande, war er verpflichtet, den B. persönlich bei dessen Dienstverrichtungen zu beobachten oder beobachten zu lassen. Daraus, dass während des Zeitraums von fünf Monaten — so lange war er bei B. beschäftigt — keine Klagen über B. geführt waren, folgt auch nicht, dass B. ein zuverlässiger Fuhrmann war. Der Beklagte B. ließ den B. gewähren, ohne sich von dessen Ausbildung zu überzeugen. Darin liegt eine Auflösung der im Vertrage erforderlichen Sorgfalt; und B. ist dem Kläger in gleichem Umfange wie B.

Ohne Erfolg versuchten es die beiden Beklagten mit dem Rechtsmittel der Revision, dass Reichsgericht mit dem Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt und die Revision zurückgewiesen. (Urteilezeichen: VI. 5818. — Urteil vom 17. April 1912.)

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Streitjesus in Deutschland. In weich furchtbarem Bereich in Deutschland die jüngsten freitenden Arbeitnehmer aufgeworfen wird, geht aus einer Erfahrung hervor, die der deutsche Bergarbeiterverbund veröffentlichte. Es sind darin die Streikverhandlungen gegen Bergleute, denen der Bergbau Bergarbeiter gewünscht, behandelt, die durch den bestauerten Bergarbeiterkreis im Nahorevier im letzten Jahre eingetragen. Zunächst wurden im Verlauf jenes Kampfes, den großen Teil von Salz und aus die Zulieferer der „christlichen“ Bergarbeiterorganisation — die berühmtesten Bergarbeiterverbünden in den anderen Verbänden — den Bergleuten der Bergbau am Ende unterlagen. Das ergab sich aus der Erfahrung, dass die Bergarbeiter unterliegen. „Zurücksetzung“ der Bergarbeiter auf die Zahl von 930 Bergleuten, und 450 Frauen über Längster

von Mitgliedern, also von 1380 Angeklagten. In 1206 dieser Fälle ist der Ausgang der Prozesse schon bekannt. Dieselben brachten Gefängnisstrafen für 299 Männer und 81 Frauen, Geldstrafen für 274 Männer und 148 Frauen, 280 Männer und 92 Frauen mussten freigesprochen und in 29 Fällen musste das Verfahren eingestellt werden. Es wurden verhängt an Gefängnisstrafen an Männer insgesamt 28 Jahre, 3 Monate und 2 Wochen. Über Frauen 2 Jahre, 8 Monate, 2 Wochen und 4 Tage; zusammen 30 Jahre, 11 Monate, 4 Wochen und 4 Tage.

Geldstrafen wurden verhängt über Männer 10 601 M., über Frauen 5744 M., zusammen 16 345 M. Im einzelnen betrugen die Gefängnisstrafen: bei Männern mehr als ein Jahr in 4 Fällen, mehr als ein Monat in 70 Fällen, mehr als eine Woche in 177 Fällen und weniger als eine Woche in 48 Fällen. Bei Frauen: Mehr als einen Monat in 5, mehr als eine Woche in 54, weniger als eine Woche in 25 Fällen. Frauen, die einen Saugling zu nähren hatten, wurden gleich mit dem Kind ins Gefängnis gestellt. Das sind einige von den Mitteln, durch welche das Unternehmertum, vereint mit der Staatsgewalt und den „christlichen“ Gewerkschaften, den heroischen Kampf des freien Bergarbeiterverbandes, der Hirsch-Dunderjächen (liberalen) und der polnischen Bergarbeitervereinigung, besiegte. Die „besiegten“ Verbände aber haben seitdem ganz gewaltig an Einfluss unter den Bergarbeitern gewonnen, während der Einfluss der „christlichen“ Gewerkschaften immer mehr zurückgeht.

Christliches und Gesetz.

Unternehmergeber an „christliche“ Gewerkschaften. Das Organ der Gelben im rheinisch-westfälischen Industriegebiet schreibt:

„Wenn alle Arbeitgeber dem Kruppischen Beispiel folgen und den heidnischen „christlichen“ Windmühlen die Bushäuse sperren würden, dann müssten die Hintermänner der Meyer und Genossen in die Tasche greifen, um den unmündigen Zustand solcher Christlichkeit aufrecht zu erhalten. An diese Weise hemmlichkeit glauben wir nicht. Deshalb fordern wir alle Arbeitgeber auf, keinen konfessionellen Arbeiterverein, der die Werkverein bekämpft, mit Geldzuwendungen zu unterstützen, dagegen den konfessionellen Vereinen, die zur wirtschaftlichen, nationalen Arbeiterbewegung freundlich oder neutral stehen, die Mittel in doppelter und dreifacher Weise zuschießen zu lassen.“

Bei dem irrgigen Kunstgriff der Gelben mit den Unternehmern müssen die Gelben ja fälschlich wissen, was los ist. Und wiederum, das ist eine positive Schaukierung, dass Krupp den Christen die Bushäuse gesperrt hat, die Bushäuse müssen also vordem geflossen sein. Was liegen nun die christlichen Gewerkschaften zu dieser Beihuldigung? Hängt die Sperrung der Bushäuse etwa damit zusammen, dass der christliche Gewerkschaften der Bergarbeiter jetzt seine Monatsabrechnungen nicht mehr veröffentlichen?!

Aus der Unternehmerorganisation.

Keine Konventionalstrafe wegen unterlassener Absicherung. Ein Bauunternehmer hatte, trotzdem er Mitglied des Arbeitgeberverbandes war, im April 1910 den Beschluss dieses Verbandes, keine organisierten Arbeiter auszuverpauen, keine Folge geleistet. Dafür wurden ihm 100 M. Strafe adduziert. Der Verband wollte sich, da er die Zahlung dieser Summe verweigerte, an einem hinterlegten Sparbuchsjahreslohn halten. Dagegen irrte der Unternehmer kläglich an mit dem Hinweis, dass er schon vor der Absperrung seinen Austritt angezeigt habe und seine Beitragszahlung überdies nach der Generaerordnung unzulässig sei.

Das Urteil entschied: Bildet der verurteilte der Arbeitgeberverband zur Herausgabe des Geldes, und auch das Landgericht Friedberg hat auf denselben Standpunkt und mit die Verminderung lebensfähig gemacht. Es räumt nach den Entscheidungsgründen zu, dass die Ausduldung der Mitgliedschaft beim Arbeitgeberverband rechtzeitig erfolgt sei. Wer weiß, dass auch nicht geschehen wäre, hätten die Arbeitgeberverbände nach § 844 des Bürgerlichen Gesetzbuches kein Recht, derartige Strafen einzuziehen.

Nach diesem Urteil, das inzwischen rechtsträchtig geworden ist, können Unternehmerverbände bei Absicherung von Arbeitsaufsperrungsbedürfnissen keine etwa vereinbarten Konventionalstrafen einziehen in dem Fall, wenn der Unternehmer sein Austrittserklärung mit der Absperrung und seinem Austritt erklärt hat.

Das Urteil entspricht auch den vor kurzem im Reichstag vom Justizminister geäußerten Ansichten.

Bolzswirtschaftliches, Soziales.

Ein Bischof über die Gewerkschaftsbewegung und den Streit. Der Bischof Götz von Erfurt hatte die jüngsten freitenden Strafentnahmen der Stadt Erfurt zu einer Predigt in seiner Kirche eingeladen. Er legte in seiner Predigt: „Wer einiger Zeit bildeten die Mitglieder des akademischen Senats einer Zusammensetzung der moralischen Segen. Der Zusammensetzung, dem sie angehören, kam zu dem Einsicht, dass das wahre Prinzip im höheren Religion, wie es im alten Testamente enthalten ist, darin besteht, dass die anständige Bezahlung der Arbeit die erste Bedeutung der Anerkennung sein muss. Es in eine Lüge, zu sagen, dass unsere Religion mit diesen Dingen nichts zu tun hat. Gibt es Menschen hier, die untergezählt werden? Gibt es keine, um die Menschen an ihren Söhnen nicht getragt haben, um sich einzubringen und Heiden zu bauen? Gibt es keine, die die Wonne der Männer darum ergötzt werden möchten, dass die Frauen zur Arbeit geben, wenn sie die Kinder erziehen sollten? Wenn solche Dinge vorliegen, legt es im Interesse und in es des Geistes der armen Gemeinde und der Kirche, dass darum zu erkennen, die Kirche zu erfahren und darüber zu reden, dass Arbeit gegeben wird. Keine Bewegung in diesem Lande hat in letzten halben Jahrhundert mehr Gütes getan als die Gewerkschaftsbewegung, um im Namen Christi selber mit jedermann zu fordern, dass es besser sei im Gottes Christus ist, dass die Kirche er zu gehörigen Seelen. Ich fordere Gott auf, der Bewegung treu zu bleiben und sie zu unterstützen.“

Wie mag der Bischof wohl über die „christlichen“ in Deutschland urteilen, welche entgegensteht die Menschen auseinanderhalten und Streitbruch und Verfall befiehlt, wenn es in ihre Politik passt.

Ein weiterer Bischof. Am Sonntag sprach Bischof von Weizendorf, einer der reichsten englischen Prälaten, der mit der Kirchenstaat vertrat und verjohnt ist, in der Westminster-Abtei in London über Sancti Georg, den Schutzherrn Englands, und leistete sich einige harte Ausfälle gegen die „atheistischen Sozialisten“. Er sprach von dem materialistischen Capitalismus (und das ein Mann, der jährlich 90 000 Mark zu verzehren hat!) und von der Kasse, die man „jährlings als Arbeiterschule bezeichnet“. Den Arbeitern war er vor, dass sie sich mehr in ihre Löhne hineinmetten als um den Preis zu prüfen dieser Löhne, und er sang ein Lied auf den Militarismus und die von Lord Roberts eingeleitete Bewegung.

Die Lieblingsbeschuldigungen dieses Gottesgelehrten sind Kapital, Reisen und Automobilfahren.

Arbeiterversicherung.

Über die Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrenten auf das 65. Lebensjahr soll nach Artikel 84 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung im Jahre 1913 der Reichstag erneut Beschluss fassen. Bei Beratung der Reichsversicherungsordnung hatte die Regierung bekanntlich die Förderung abgelehnt und der „Versicherungsbund“, bestehend aus Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen hatte der Regierung nahegegeben.

Die Kosten für diese Verhöhung sollten angeblich unverhältnismäßig sein. Schon vorher hatte die Regierung diesen Einwand erhoben, als die Freie Vereinigung für soziale Versicherung der Privatangestellten gegenüber einer Regierungsentwurf über die Rentenversicherung der Privatangestellten den Ausbau der Zuwidderverpflichtung forderte. In jener Entwurf hatte die Reichsregierung berechnet, dass die Kosten für den Bezug der Altersrente vom 65. Lebensjahr eine jährliche Belastung von 40½ Milliarden Mark verursachen würde, wovon das Reich 12½ Millionen und die Versicherungsanstalten 28 Millionen Mark zu tragen hätten. Das war im Juli 1908. Als aber die Regierung 9 Monate später den Entwurf der Reichsversicherungsordnung veröffentlichte, berechnete sie diese Kosten nur noch auf 25,8 Millionen Mark jährlich, wovon das Reich 8,9 Millionen Mark und die Versicherungsanstalten 16,9 Millionen Mark zu tragen hätten. Obwohl bei der Berechnung von 1908 eine Durchschnittsrente von 160,80 M. zugrunde gelegt war und bei der von 1909 eine Durchschnittsrente von 163,15 M. setzte die Berechnung mit der höheren Durchschnittsrente doch um 12 Millionen Mark jährlich niedriger ein.

Der Reichstag betrachtete denn auch die Berechnungen der Regierungsmathematiker mit großer Skepsis. Wie berechtigt das ist, braucht keine Erklärung mehr, zeigt sich jetzt, nachdem die Regierung einfach daran geht, gezwingt durch Artikel 84 des Einführungsgesetzes, Versicherungsgrundlagen für die Herabsetzung der Altersgrenze zu erläutern. Auf einer Sondersitz der Beratung der Landesversicherungsanstalten, die unangemessen im Reichsversicherungsamt abgehalten wurde, konnte auf Grund der bei den Versicherungsanstalten vorgenommenen Zählungen festgestellt werden, dass die Gesamtkosten nicht 40,5 Millionen, auch nicht 28,5 Millionen Mark, sondern nur 13,75 Millionen Mark jährlich beträgen, wovon das Reich 4,4 und die Versicherungsanstalten 9,3 Millionen Mark zu tragen hätten. Selbst wenn das Reich ihm an den Arbeitern nicht bestreiten würde, sondern diese ganz auf Beiträgen aufzubauen werden könnten und zu diesem Zweck eine Beitrags erhöhung vorgenommen werden würde, müsste der Beitragsbeitrag — bei jetzt rund 14 Millionen Beiträgern — um durchschnittlich 2 Prozent erhöht werden. Bei den Versicherungsanstalten aber, mit denen die Zuwidderverpflichtung heute rechnet, ist die Ausgabe von 14 Millionen Mark wirklich nicht so erhöht, dass eine Beitrags erhöhung gerechtfertigt wäre. Damit entfällt der Regierung eines der wichtigsten Argumente gegen den Ausbau der Zuwidderverpflichtung. Die Regierung wird, nachdem die Belegerheit zum Ausbau der Zuwidderverpflichtung bei der Reichsversicherungsordnung in gründlich verfehlt worden ist, sich nicht länger verzögern können, nur verzögern, jedenfalls dem Reichsamt eine Befreiung zu geben, in der die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf das 65. Lebensjahr bestehend ist.

Der Reichstag betrachtete denn auch die Berechnungen der Regierungsmathematiker mit großer Skepsis. Wie berechtigt das ist, braucht keine Erklärung mehr, zeigt sich jetzt, nachdem die Regierung einfach daran geht, gezwingt durch Artikel 84 des Einführungsgesetzes, Versicherungsgrundlagen für die Herabsetzung der Altersgrenze zu erläutern. Auf einer Sondersitz der Beratung der Landesversicherungsanstalten, die unangemessen im Reichsversicherungsamt abgehalten wurde, konnte auf Grund der bei den Versicherungsanstalten vorgenommenen Zählungen festgestellt werden, dass die Gesamtkosten nicht 40,5 Millionen, auch nicht 28,5 Millionen Mark, sondern nur 13,75 Millionen Mark jährlich beträgen, wovon das Reich 4,4 und die Versicherungsanstalten 9,3 Millionen Mark zu tragen hätten. Selbst wenn das Reich ihm an den Arbeitern nicht bestreiten würde, sondern diese ganz auf Beiträgen aufzubauen werden könnten und zu diesem Zweck eine Beitrags erhöhung vorgenommen werden würde, müsste der Beitragsbeitrag — bei jetzt rund 14 Millionen Beiträgern — um durchschnittlich 2 Prozent erhöht werden. Bei den Versicherungsanstalten aber, mit denen die Zuwidderverpflichtung heute rechnet, ist die Ausgabe von 14 Millionen Mark wirklich nicht so erhöht, dass eine Beitrags erhöhung gerechtfertigt wäre. Damit entfällt der Regierung eines der wichtigsten Argumente gegen den Ausbau der Zuwidderverpflichtung. Die Regierung wird, nachdem die Belegerheit zum Ausbau der Zuwidderverpflichtung bei der Reichsversicherungsordnung in gründlich verfehlt worden ist, sich nicht länger verzögern können, nur verzögern, jedenfalls dem Reichsamt eine Befreiung zu geben, in der die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf das 65. Lebensjahr bestehend ist.

Gewerbliches.

Ein Beschluss des Bundesrats kann nicht durch Vereinbarung unter Kraft gesetzt werden — Was heißt Arbeitsmarkt? Das Gewerbe ist: Sitzburg in Erfurt (Urteil vom 20. Dezember 1910) und das Sitzberichtsurteil vom 10. März 1911. Inhaltlich mit der Entscheidung über einige Fragen zu beurtheilen, worüber in Art. 8 des Sitzberichts „Das Gewerbe und Arbeitsmarktrecht“, 1912, berichtet wird:

Kläger B. war im August 1909 gegen einen Bodenleih von 21,60 M. mit 14-tägiger Rückerstattung bei den Bergleuten A. als Bergarbeiter beschäftigt. Die Bergarbeiter waren vereinbart, dass Rückerstattung von 10½ Uhr abends bis 9 Uhr vorzunehmen sei und von 12 bis 2 Uhr aufzunehmen. Am 25. November 1909 wurde dem Kläger eröffnet, dass auf Ablauf der Rückerstattungszeit die Bergarbeiter nicht mehr erschienen. Der Bergarbeiter B. meinte sich aber bestreiten zu können, dass die Bergarbeiter nicht mehr erschienen, sondern die Bergarbeiter seien nicht mehr beschäftigt. Der Bergarbeiter B. meinte sich bestreiten zu können, dass die Bergarbeiter nicht mehr erschienen, sondern die Bergarbeiter seien nicht mehr beschäftigt.

Das Urteil entschied: Bildet der Bergarbeiter nicht mehr Beschäftigt, so kann er nicht bestreiten, dass die Bergarbeiter nicht mehr erschienen. Der Bergarbeiter B. ist bestreiten zu können, dass die Bergarbeiter nicht mehr erschienen, sondern die Bergarbeiter seien nicht mehr beschäftigt.

Das Gerichtsurteil ist für diesen Sachverhalt.

